

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Rem. Graubner, 6/6, und durch Subskription zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Jahr M. 9.00. Durch die Post bezogen M. 2.50, frei ins Haus M. 2.90, wo keine Post am Ort, M. 3.24.

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Rem. Graubner, 6/6, und durch Subskription zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Jahr M. 9.00. Durch die Post bezogen M. 2.50, frei ins Haus M. 2.90, wo keine Post am Ort, M. 3.24.

Telephon  
Redaktion 3141.

## Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon  
Expedition 1206.

Mr. 248.

Donnerstag, den 22. Oktober 1908.

19. Jahrgang.

### Thronrede und Wahlreform.

Der preussische Landtag ist am Dienstag Mittag 12 Uhr mit folgender Thronrede eröffnet worden, die von Wilhelm II. vorgelesen wurde:

Erlauchte, edle und geehrte Herren  
von beiden Häusern des Landtages!

Ein Jahrhundert ist veronnen, seit mein in der Vorjahr, weiland König Friedrich Wilhelm III., durch Erlass der Städteordnung die Provinz Preußens zur Teilnahme an der Verwaltung des städtischen Gemeinwesens berief. Ich habe seitdem die Selbstverwaltung entwickelt und in stetem Wachstum über Provinzen, Kreise und ländliche Gemeinden ausgedehnt. Mit dem Erlass der Verfassung ist die Nation in die Mitarbeit auch an den Geschäften des Staates eingetreten. Es ist mein Wille, daß die auf ihrer Grundlage erlassenen Vorschriften über das Wahlrecht zum Hause der Abgeordneten eine organische Fortentwicklung erfahren, welche der wirtschaftlichen Entwicklung, der Ausbreitung der Bildung und des politischen Verständnisses, sowie der Erhaltung staatlichen Verantwortlichkeitsgefühls entspricht. Ich erblicke darin eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart. Ihre Bedeutung für das gesamte Staatsleben erfordert umfassende Vorarbeiten, die von meiner Regierung mit allem Nachdruck betrieben werden.

Die schon für die vorliegende Tagung angekündigten Beschlüsse über die Aufbesserung des Dienstverdienstes der Staatsbeamten, Geistlichen und Volksschullehrer werden Ihnen unverzüglich zugehen. Gleichzeitig sollen die Wohnungsgeldzuschüsse neu geordnet, das Besoldungssystem der unmittelbaren Staatsbeamten vereinfacht und die Lehrerbefoldung unter Festhaltung der verfassungsmäßigen Grundlagen für ihre Ordnung einheitlicher gestaltet werden.

Die Gesamtheit dieser Vorlagen stellt erhebliche Anforderungen an die Steuerzahler. Für den Staatshaushalt bedeuten sie unter Zurechnung der bereits in den letzten Jahren beschlossenen Aufbesserungen, sowie der Mehraufwendungen aus dem Volksschulunterhaltungsgesetz eine dauernde Neubelastung von jährlich etwa 200 Millionen Mark. Der Ernst der Lage wird dadurch gesteigert, daß der schon im Herbst des Rechnungsjahres 1907 zutage getretene unglückliche Stand der Finanzen des Staates anbauert, ja sich im laufenden Jahre verschlechtern wird. Es ist deshalb unabwendbar, daß ein beträchtlicher Teil der für die Befolgung der erforderlichen Mittel durch erhöhte steuerliche Belastung von Vermögen und Einkommen in den höheren Stufen aufgebracht wird. Entsprechende Gesetzesvorschläge, die zugleich eine zweckmäßiger geordnete Besteuerung der kapitalträchtigen Erwerbsgesellschaften anstreben, werden Ihnen vorgelegt werden.

Die ungünstige Lage der Finanzen im Reich und Staat inmitten eines zwar zeitweise verlangsamten, aber doch gewaltigen Aufschwungs wirtschaftlicher Entwicklung, enthält eine eindringliche Mahnung an den Geist der Sparlichkeit und Opferfreudigkeit, mit dem Preußen in jäher Arbeit auch schwere Zeiten überwunden hat. Der Staatsentwurf für 1909, der Löhnen erst später zugehen wird, ist deshalb mit äußerster Vorsicht aufgestellt worden. Zugleich wird in allen Zweigen der Staatsverwaltung darauf gearbeitet, durch überschüssliche Gestaltung der Behörden durch Zentralisation und durch Vereinfachung der Geschäftsformen auf Erspargung von Ausgaben hinzuwirken und die Verwaltung den Anforderungen des Lebens in vollkommenerer Weise anzupassen. Einzelne dahingehende Vorschläge werden Ihnen, wie ich hoffe, schon in dieser Session zugehen können.

Das höhere Mädchenstudium soll, wie Ihnen bereits bekannt ist, mit dem Ziele umgestaltet werden, die Bildung der heranwachsenden weiblichen Jugend unter voller Berücksichtigung der häuslichen, wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben des weiblichen Geschlechts allgemein zu vertiefen und beruflichen Mädchen, die im selbständigen Erwerbleben oder in wissenschaftlicher Arbeit ihren Beruf suchen, die Vorbereitung dazu zu erleichtern. Die zunächst erforderlichen Mittel werden in den Etat aufgenommen werden.

Wichtige Aufgaben, zu denen neben anderen noch die Umverteilung von Kleinbahnen und die Vervollständigung des Staatseisenbahnnetzes hinzutreten werden, harren Ihrer Beschlußfassung.

In jüngster Zeit haben sich im nahen Orient Ereignisse vollzogen, die die Aufmerksamkeit Europas in Anspruch nehmen. Sind wir dort auch politisch weniger interessiert, als andere Mächte, so erfordern jene Vorgänge doch ernste Beachtung. Das deutsche Reich wird in treuer Gemeinschaft mit seinen Verbündeten für eine friedliche und gerechte Lösung der gegenwärtigen Schwierigkeiten eintreten.

Erlauchte, edle und geehrte Herren! Indem ich Sie heute zum ersten Male nach den letzten Neuwahlen hier willkommen heiße, begleite ich Ihre Arbeiten mit meinen landesväterlichen Wünschen für das Wohl des Staates.

Das größte Interesse und die weitgehendste Beachtung verdient in dieser Thronrede natürlich der Passus von der „Fortentwicklung der Wahlvorschriften“ als einer der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart. Zwei Gesichtspunkte

müssen bei dieser Ankündigung ins Auge fallen. Erstens, daß die Regierung in Preußen selbst zugeben muß, um eine Reform des Wahlrechts komme sie nicht mehr herum und daß sie damit ihre eigene Stellungnahme in den letzten zehn Jahren desavouiert. Um diese Selbstüberichtigung nicht allzu schroff in Erscheinung treten zu lassen, spricht sie denn auch schwachhaft von einer „organischen Fortentwicklung“, unter der man sich ohne viel Phantasie bei diesem Wahlrecht auch eine „Fortentwicklung“ zu noch schlimmerem denken könnte. Und das ist ja auch das zweite Kennzeichen der obigen Proklamation: Nicht neben das Versprechen setzt sie die strikte Weigerung das bisherige Wahlrecht zu geben, das noch vor 37 Jahren als das einzige schien, um die Stämme Deutschlands zu einem festen Bunde zusammenzufügen, das inzwischen seinen Sitzzug gehalten hat in Oesterreich, Bayern, Baden, Württemberg und Hessen: das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht mit geheimer Stimmabgabe!

Soweit aus den fragmentarischen Andeutungen der Thronrede überhaupt ein Schluß gezogen werden kann auf das zukünftige Aussehen der Wahlreform, muß man annehmen, der Regierung schwebt ein Pluralwahlrecht vor, welches die Abstammung der Bürger wägt nach Steuerleistung, nach sogenannter Bildung, und fast könnte man annehmen, auch nach guter Gesinnung! Denn „Erstarkung staatlichen Verantwortlichkeitsgefühls“ als Maßstab für die Zuteilung des Wahlrechts, das ist eine so nebelhafte Andeutung, daß man darin nur mit einiger Kopfequilibrium an Mehrstimmrecht für gewisse Altersstufen oder an eine Bevorzugung des angelesenen Grundbesitzes zu denken vermag.

Wie aber auch der Wahlrechtsvorschlag der Regierung aussehen mag, das hat für uns, deren Ziel in dieser Frage einfach und klar ist, eine sehr nebensächliche Bedeutung. Unsere Zustimmung findet kein Wahlrecht außer dem allgemeinen, gleichen und wir verbleiben im Kampf gegen jede Verletzung des gleichen Bürgerrechts im Staate. Was da an neuen Wällen aufgerichtet werden soll, um den freien Fluß der Volksstimmung ins Parlament zu hindern, ist nur geeignet, unsere Agitation für Gleichheit und Gerechtigkeit aufs neue zu befeuern. Die Wahlrechtsdummheiten der sächsischen Regierung, der Wahlrechtsbetrug der ungarischen Magnaten, die Wichtigkeit des belgischen Wahlrechts und das Schicksal der vierten Kurie in Oesterreich erwecken zur Genüge, welche gefährliche Brücke die preussische Regierung betritt, wenn sie die Spottgeburt eines abgestuften Pluralwahlrechts dem Volke als Abschlagszahlung hinstreift.

Wert hat also die ganze Ankündigung der Thronrede für uns nur nach der Richtung, daß unsere Wahlrechtsbewegung einen neuen Antriebs und ein äußerlich sichtbareres Kampfsobjekt erhält, zu dem nicht mehr wir allein, sondern alle anderen Parteien bis zu den verbissensten Gegnern jeder Reform auf kurz oder lang klare Stellung nehmen müssen — Stellung vor den Augen ihrer Wähler! Wer weiß, welche Beweggründe die preussische Regierung bewegen haben, die Reform des Wahlrechts an die Spitze der Thronrede zu setzen. Wahrscheinlich sollte damit in erster Reihe der arme Freisinn verführt werden, der doch für seine Zustimmung zu den geplanten enormen Volkslasten wenigstens mit dem Schein einer einzigen „Erwünschenschaft“ vor seine liberalen Wähler treten will, eine Bitte, die ihm selbst Bülow in Gnade gewähren konnte. Vielleicht spielt auch etwas inneres Schamgefühl mit über die Tatsache, daß der preussische Landtag kaum noch ein einziges Mal zusammengetreten kann, ohne den auffälligen und umfangreichen Schutz der Berliner Polizei zu genießen, der Umstand also, daß seine Dreiklassen-Existenz in so offenkundigem Gegensatz zu dem Willen des Volkes steht, daß nur militärischer Schutz ihn vor der direkten Verachtungsbewegung des Volkes bewahrt. Und wenn man sich auch im Inlande bei diesem halbbrüstlichen Zustande beruhigen würde, so muß doch unser Ansehen im Auslande die Regierung zu einer Abstellung dieses Zustandes treiben.

Jedenfalls können die Beweggründe der Regierung dem Volke vollständig gleichgültig bleiben, es hat nur zwei Aufgaben zu erfüllen. Es muß dafür sorgen, daß das Versprechen der Wahlreform nicht nur ein Versprechen ohne Inhalt bleibt — wie die kaiserliche Botschaft vom Jahre 1890 — und zweitens hat es die Pflicht, dafür zu sorgen, daß es nicht bei der Erfüllung dieses Versprechens bleibt, sondern an Stelle der dunklen Regierungspläne die Einführung des klaren, hellen Reichstagswahlrechts tritt. Auch die erste dieser beiden Aufgaben wird zu erfüllen sein, denn die preussische Geschichte beschäftigt auf mehr als einem Blatt, daß es mit einem Königswort, welches für ein politisches Ziel eingesetzt wird, noch lange nicht getan ist, wenn dieses Königswort im Gegenjah steht zu den Interessen des Fortschritts und der Adelskaste, die bisher in Preußen die erste Geige spielten. „Gebaut wird er doch!“ hat Wilhelm II. einst über den Mittelkanal versichert — „Dafür stehe ich ein!“ Er ist in dem Umfange, als der Regierungsplan von damals ihn voraus, bis heute noch nicht gebaut worden und die Wahlreform in Preußen hat mehr Feinde als der Mittelkanal.

Nicht die Versicherung der Thronrede und nicht der gute Wille der Landtagspartei können dem Volke Erfüllung seiner Wünsche bringen — nur im Volke selbst, in seiner direkten Aktion liegt die Gewähr ihrer Erfüllung. Darum laßt uns im Wahlrechtskampf nicht erlahmen, bis das Ziel erreicht ist!

Aus Berlin wird uns zur Landtagseröffnung noch geschrieben:

Diese neue preussische Thronrede ist die erste seit sechs Jahren, die sich dazu bequemt, die Notwendigkeit einer etwas tiefer einschneidenden Reform des preussischen Wahlrechts anzuerkennen. Sie ist, um es mit wenigen Worten zu sagen, wertvoll, soweit sie vom Geist notgedrungenen Zugeständnisse an die revolutionären Bewegungen der Vergangenheit und die stürmischen Volksforderungen der Gegenwart erfüllt ist, sie ist wertlos, ja fast unfreundlich, soweit in ihr der eigentlich preussische Geist des Widerstandes und der starren Negation gegenüber dem pulsierenden politischen Volksleben der Gegenwart seine alte Stellung behauptet. Ihre diplomatisch verschlungenen Wendungen sind gleichsam auf die Melodie des Preußenmarsches abgestimmt, aber dreimal dringt der Sturmklang der Marschkaife durch. Tatsachen sind härter als der Wille auf den Thronen.

Die preussische Städteordnung ist das abgeleitete Produkt der großen französischen Revolution. Sie wurde erlassen, als das alte Preußen der Junter vor dem Kaiser des revolutionären Frankreich in die Knie gesunken war.

Der Erlass der preussischen Verfassung erfolgte vierzig Jahre später in den Stürmen der deutschen bürgerlichen Revolution, nachdem der König vor den Märzgefallenen den Hut gezogen hatte.

Jetzt wird die Reform des preussischen Wahlrechts als eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart anerkannt. Diese grundsätzliche wichtige Anerkennung erfolgt unter Umständen, die mit den Verhältnissen der Jahre 1808 und 1848 gewiß nicht zu vergleichen sind, und sie ist auch bei weitem nicht so wertvoll, wie die Errungenschaften jener Jahre. Deswegen darf aber nicht vergessen werden, daß selbst das winzige, in keiner Weise befriedigende Zugeständnis des 20. Oktober erst nach den Sturmtagen des 10. und 12. Januar erfolgt ist. Das Wort von der wichtigsten Aufgabe der Gegenwart, das am Dienstag im königlichen Schlosse gesprochen wurde, ist das Echo der Marschkaife, die am Wahlrechtssonntag des Januar brausen vor den Fenstern dröhnte.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei darf demnach das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, in der Wahlrechtsreform eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart erkannt zu haben, ehe die regierende Staatsweisheit der Herren Minister auch nur von der Fernsichtbarkeit dieser Aufgabe erkannte. Diese geschichtliche Tatsache stellt dem „politischen Verständnis“ der Arbeiterklasse das ehrenvollste Zeugnis aus, spricht aber nicht gerade für eine besonders hohe Entwicklung des staatlichen Verantwortlichkeitsgefühls der hohen Staatsregierung. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei Preußens, unterstützt von der Arbeiterpartei des übrigen Deutschland und der ganzen Welt, wird daher fortfahren, das staatliche Verantwortlichkeitsgefühl der Regierenden zu schärfen; sie wird sie nie vergessen lassen, daß die Reform des Wahlrechts in Preußen eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart ist, und daß diese Aufgabe nur gelöst werden kann durch die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts.

Wenn die regierenden Mächte des preussischen Staates erkennen werden, daß hinter dieser Forderung eine sehr entschlossene Masse steht, die ihren Kampf mit ruhiger Ueberlegung im strengen Rahmen der Gesetzmäßigkeit führt, schließlich aber auch bereit ist, sich ehertötschlagen zu lassen, als von ihrem guten Rechte abzusehen, wird niemand mehr den Sieg der preussischen Wahlrechtsbewegung aufzuhalten imstande sein. Wie viel Kämpfe und Opfer die Erreichung dieses Zieles noch fordern wird, läßt uns der übrige Inhalt der Thronrede, soweit sich diese mit der Wahlrechtsfrage beschäftigt, ahnen. Aber die Arbeiterklasse wird sich durch nichts abschrecken lassen von der Durchführung ihrer großen Aufgabe, die sie, schon lange vor der Thronrede, als „eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart“ erkannt hat.

Das künftige preussische Wahlrecht soll der Ausbreitung der Bildung und des politischen Verständnisses, sowie der Erhaltung staatlichen Verantwortlichkeitsgefühls entsprechen, das heißt es soll insofern ungleich sein, als die Regierung untersteht der Bildung, des politischen Verständnisses und Verantwortlichkeitsgefühls innerhalb der Bevölkerung als vorhanden annimmt. Die Hände die Pflicht, Unterschiede in der Wahlberechtigung zu



Die Zentralstelle des Deutschen Reiches wünscht die Freistellung bei guter Pausse zu erhalten, bis die Reichsfinanzreform unter Dach und Fach gebracht ist, bis der Reichsanwalt den Staat nicht mehr braucht. Solange muß die preussische Wahlreform eine offene Wraage bleiben, solange muß der Reichsanwalt rechnen. Wenn sich, was nicht unmöglich ist, die Reichsfinanzreform durch zwei Winter fortzieht, dann wird der Mann wiederum Jahre rechnen müssen. Und nachher? Dann wird ein starker Mann mit hunderteausend Köpfen voröffentlich, den Klotz nicht mehr auf seinen Rücken zu laden, weil ihm die ganze Rechnung absolut gleichgültig ist, so gleichgültig wie uns anderen allen.

Naumann gibt sodann zu, daß ein formal juristischer Zusammenhang zwischen Wahlreform und Reichsfinanzreform nicht konstruiert werden könne, doch könne kein Verständiger den sachlich-politischen Zusammenhang leugnen, der zwischen beiden besteht. Er schließt:

Wenn aber sollen die Wähler Reformen ihrer alt gewordenen Verfassungen erlangen, wenn nicht in den Zeiten, wo man ihre Forderungen erhört? Selbst wenn wir Abgeordneten sehr fähig und eudidig sein würden, hier spricht das unheilbare Empfinden der zahlenden Staatsbürger, denen es nicht geht, wenn ihnen gesagt wird: Ihr erhebt euren Regierungsbetrag um 8 oder 10 Mark pro Kopf und dafür berechnet ein Gemeinrat ein Pluralwahlrecht! Wer zahlen soll, muß auch mitreden dürfen. Alle sollen zahlen. Aber mitreden darf in Preußen die dritte Klasse nicht. Ihr Staatsbürgerrecht ist wesentlich passiv: Sie sind zahlende Mitglieder des preussischen Staats. Habende Mittel mit bürgerlichem Bürgerrecht!

In diesem Artikel Naumanns ist, wie gesagt, alles richtig, am allerichtigsten aber ist die Bemerkung über die „sehr fähigen und eudidigen Abgeordneten“. Der Mitarbeiter des „Berliner Tageblatts“ Naumann hat einen ausgezeichneten Artikel geschrieben über der Abgeordnete von Eickbrenn, nam. aus Naumann, wird sich nicht nach ihm richten.

**Eine traffe Vergewaltigung eines Arbeiter, beifhens beim Schwurgericht.** In Mannheim ist am Dienstag eine Schwurgerichtsperiode eröffnet worden. Ueber die Eröffnung der Tagung wird der „Frankf. Zig.“ gemeldet: In einer einleitenden Ansprache bemerkte der Vorsitzende Landgerichtsdirktor Dr. Hummel u. a., daß unter den ausgelosten Geschworenen sich auch ein Arbeiter befand. Dieser habe aber von seinem Amte entbunden werden müssen, da die Firma, bei der er beschäftigt ist, ihm erklärte, daß er sofort entlassen werde, wenn er dieses Amt ausüben wolle. Der Vorsitzende nannte die Firma leider nicht. Er wird jedoch nicht verborgen bleiben. Aber auch ohne den Namen genügt der Vorfall zur Illustration der Rechtsgleichheit, wie er von unserem Unternehmertum ausgeht. Der Reichsverband kann daraufhin ein neues Plakat: „Ist die Sozialdemokratie eine Kulturnpartei?“ ausarbeiten.

**Das sächsische Wahlrechtsgesetz.** In der Sitzung der sächsischen Wahlrechtskommission wurde die zweite Lesung des Vorschlags der Regierung vorgenommen. Der Grundgedanke § 10, der die Scheidung in zwei Klassen vorsieht, solche mit 4 Stimmen Juselig bzw. solche mit einer Stimme, wurde mit 11 gegen 10 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten die Nationalliberalen und der Freisinnige.

**Das Urteil im Disziplinarverfahren wider Wiska.** Im Disziplinarverfahren gegen Wiska erkannte die sächsische Disziplinarcommission die deutsche Schutzgebiete auf die Festsetzung einer Befähigung von 1/2, der dem Anzeigebildeten zustehenden Pension auf die Dauer von fünf Jahren und legte dem Angeklagten die Kosten des Verfahrens auf.

**Abtötung eines Ordens.** Dem Lehrer Baumgarten in Gortz a. d. V., der seit 1886 im Dienste der Stadt steht und auch an den Feldzügen von 1866 und 1870 teilgenommen hat, sollte aus Anlaß seiner Pensionierung der Adler der Inhaber des Goldeneu- und Eisernen Kreuzes, des Ordens verliehen werden. Der Oberwache wurde von dem Lehrer mit der Begründung abgelehnt, daß er seine Arbeit nicht minder bewerte, als Postmeister, Gerichtsschreiber usw., welchen man den Kronenorden 4. Klasse verleihen! Er war ihm also nicht hoch genug!

**Ministerialdirektor Dr. Althoff ist Dienstag Abends 7 Uhr in seiner Wohnung in Steglitz verstorben.** Er war eine Stütze des reaktionären Systems Bismarcks in Preußen, Muder und ausgesprochener Feind der freien Wissenschaft.

**Willehm II. hat keine Automobilreise erfunden.** Dieses Demum bringen die heutigen Wochenblätter.

**Blockadibat.** Als Kandidat der Blockpartei für das durch den Tod des Genossen Eschardt erledigte Vorstandsmandat Kaiserstaaten wurde der Weimarer Wolff einstimmig aufgestellt. Wolff ist Vorsitzender der liberalen Arbeitervereinsleitung.

**Kostfandarbeiten.** Die sozialdemokratische Stadtdirektoratsfraktion in Halle a. S. hat beim Magistrat den Antrag gestellt, Vorkasse an stellen, daß diesen Winter Kostfandarbeiten in größerem Umfang auszuführen werden können. Der Magistrat hat Verzichtigung erteilt.

Um der drohenden Arbeitslosigkeit einigermaßen zu begegnen, strebt die sozialdemokratische Regierung den Erlass der ausländischen Arbeiter durch inländische an.

**Der Kuffen auf den Karolinen** ist doch nicht so unbedeutend zu sein. Die Regierung hat ein Kanonenboot entlassen und rechnet damit, daß Monate vergehen können, bis die Unruhen unter den Einwohner unterdrückt sind. Außerdem hält sich in der vorliegenden Gemäßen noch ein zweites Kanonenboot auf.

**Ein Antrag auf das Reichsberechnungsgesetz** stellte sich am Sonntag nach Febringer und Breslauer Minister auch die hannoversche Postgelei. In der geschlossenen Sitzung der Reichsversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins erschien ein Vertreter des Reichsberechnungsgesetzes, als der Vorsitzende die Teilnahme an der Versammlung untersagte, ist der Kommissar die Versammlung auf unter Berufung auf § 14 Absatz 3 des Vereinsgesetzes. Die Parteigenossen nahmen die publizistische Auffassung mit Mitleid an. In dem Vorbehalt der Postgelei liegt, daß tritt immer klarer zutage, ein einheitliches System. Ihre Erklärung die Versicherung des Reichsberechnungsgesetzes, daß das Gesetz lokal gehandhabt werden solle, einfach nicht. So werden die liberalen Solbaderen über diese arbeitslose Erzeugung des Blocks schon wenige Monate nach dem Inkrafttreten des Gesetzes gähnlich ad absurdum geführt.

**Zur Steuerung der Wohnungsnot.** In Bezug auf Mangel an Kleinwohnungen steht Kurgarra an der Spitze aller Städte Deutschlands. Eine vor zwei Wochen stattgefundene öffentliche Abstimmung der leistungsfähigen Wohnungen ergab, daß bei 2,205 Wohnungen nur 80, das ist 3,6 Prozent mit einer Preissteigerung bis zu 400 Mk. leistungsfähig, während der normale Satz 2 1/2 bis 3 Prozent betragen soll. Dieser Wohnungsnot ist zu einer direkten Katastrophe geworden und hat der Stadtmagistrat trotz der Überwindung der Hausbesitzer, wie wir schon kurz meldden, beschlossen, Kleinwohnungen in eigener Regie zu errichten. In der ersten Woche wurden drei Wohnhäuser mit insgesamt 21 Wohnungen zu 2 und 3 Zimmern reibst Inbegriff mit einem Kostenaufwand von 160,000 Mk. erbaut. Wenn auch die Zahl der zu erbauenden Wohnungen keineswegs gering erscheint, die Wohnungsnot zu beseitigen, so ist immerhin damit der Anfang dazu gemacht. Allerdings bedürfte es erst des wiederholten Himmels der Presse, besonders der sozialdemokratischen, bis sich der Stadtmagistrat auf seine Pflicht besann.

**Zentrumsagrarien und Landarbeiter.** Der Rheinische Bauernverein, die im Wasserver des Zentrums stehende 66,000 Mitglieder zählende Organisation, nimmt, wie der Präsident Freiberger, Clemens von Posener in Köln abgehaltenen Vertreterversammlung erklärte, zu dem Koalitionsvertrag mit den Landarbeitern folgende Stellung ein: Bei der Erörterung der Frage werden die ländlichen Dienstboten von vornherein aus, da sie „zur Familie zu rechnen“ seien, hier könnte es sich nur um Maßnahmen gegen den Kontraktbruch selbst handeln, ferner um Einführung einer Inlandslegislation, Befreiung der Agenten und Geschäftvermieter, die zum Kontraktbruch verleiten und um Befreiung der Arbeitgeber, die Kontraktbrüche einstellen. Die eigentlichen Landarbeiter aber arbeiten unter ganz anderen Verhältnissen als die industriellen Arbeiter; nur um sie könnte es sich bei der Einführung des Koalitionsrechts handeln; das Streikrecht sei für sie auszu schließen.

Die Dienstboten und die Saisonarbeiter gelten dem Zentrumsbauern als „Klassen“; den „freien“ ländlichen Arbeitern aber wollen sie „nicht“ — ein Weser ohne Best und Klasse gemähren!

**Arbeiterinnen und Dienstboten sind unwürdig!** In den Bestimmungen für die Ausbildung von Telefonistinnen der Oberpostdirektion Hamburg ist folgende charakteristische Stelle enthalten:

„Junge Mädchen, die gebiert haben oder Fabrikarbeiterinnen waren, sind von der Anstellung ausgeschlossen.“ (1)

Geradezu als ein Hohn auf die eheliche Arbeit muß es von allen Arbeiterinnen und Hausangestellten empfunden werden, wenn man einzelne Kategorien einfach ausschließt von der Bewerbung und Anstellung als Telefonistinnen ausschließt. Wir wissen wohl, daß die Hamburger Postbehörde in dieser Sache nicht allein dasteht, sondern daß System und Methode in diesem Vorhaben liegt. So wird Sanktionsmittel, so wird Borniertheit und Hochmut künstlich gezeugt, so fördern die Behörden selbst die Klagengegnisse.

Es ist die Abkehrung des Bräutertums vom Volke und gegen das Volk; es ist die tiefe Verachtung von Handarbeit und besonders der häuslichen Arbeit; es ist der Hochmut, was in diesem Kias zum Ausbruch gelangt.

Soll hier gründlich Wandelung geschaffen werden, so müssen sich die Arbeiterinnen ebenso wie die Handelsangestellten auf ihre Rechte besinnen, sich frei machen von dem unwürdigen Druck.

Der gibt es nur ein Mittel: in die bestehenden Organisationen eintreten, mit ruten und ruten, sich zu Kampferinnen und Verbändlerinnen heranzubilden. Nur so wird rechtliche Arbeit zu Ehren kommen.

**Bei der Reichstagswahlwahl in Breslau-Angermünde** wurden insgesamt 16,796 gültige Stimmen abgegeben. Es erschienen Dreipräsidenten von Winterfeldt-Mensin-Borsdam (kon.) 11,075, Bator Schmolz-Massow (lib.) 2704 und Kapenerer-Wels-Berlin (soz.) 80,3 Stimmen, 4 Stimmen waren gesplittet; v. Winterfeldt ist somit gewählt. Die Stimmen aller Parteien sind infolge geringerer Wahlberechtigung erheblich zurückgegangen.

**Anland.**

Die Anerkennung des Muley Saff, von Gottes Gnaden auch Sultan von Maroko. Eine Note der „Agence Havas“ besagt: Am Montag von Frankreich und Spanien den Signatarmächten der Algeirasakte zugestellte Note nimmt Akt von dem schon von Muley Saff am 6. September an das diplomatische Korps gerichteten Brief, welcher den Beitritt des neuen Sultans zu den der Algeirasakte vorübergehenden Verträgen und zu den Ausführungsbestimmungen dieser Akte feststellt. Aber man legt in dem Schreiben die Auslegung, die die Regierungen dieser Erklärung geben möchten,

dem guten Einverständnis, das sich zwischen den Regierungen nach der ersten französisch-spanischen Note gebildet hat, im Ausdruck, in folgenden Worten genau fest:

Ausdrücklich Bestätigung der Algeirasakte. Denkbare schriftliche und Ausführungsbestimmungen für das Zolltarif und zur Unterdrückung des Waffenschmuggels an den Küsten; Verbindlichkeiten des Muley Saffs als Privatmann gegenüber, Haftung für die von Muley Saff bis zur Verantwortlichkeit auf seinen Thron gemachten Anleihen, abgesehen von der endgültigen Anerkennung der Schulden an Private; Bestätigung der Kommission zur Festlegung der vom Muley Saff zu leistenden Entschädigungen in Casablanca. Weiter wird verlangt, daß der neue Herrscher die zur Sicherstellung der Freiheit und Stabilität der Verkehrsmitel erforderlichen Maßnahmen trifft, seinem Volke seinen Willen kundgibt, mit allen Ländern und allen deren Untertanen Beziehungen zu pflegen, wie sie dem Völkerecht entsprechen, unter Wahrung des Rechtes jeder Macht, die Regelung von Fragen, die sie allein betreffen, für sich allein zu verfahren. Es wird angeklagt, daß Frankreich und Spanien sich vorbehalten, die Zurückkehr ihrer militärischen Ausgaben und Haftung einer Entschädigung für die Ermordung ihrer Staatsangehörigen zu fordern, ebenso wie die anderen Staaten, die hinsichtlich dieses letzten Punktes in derselben Notwendigkeit sich befinden würden. Muley Saff wird ersucht, ausdrücklich zu erklären, daß seine Auseinandersetzungen seinen Denken wohl entsprechen, damit man ihn als Sultan anerkennen kann.

Schließlich wird er an die Kränze erinnert, die es für ihn empfehlenswert machen, darin einzutreten, daß seinem Bruder und Vorgänger eine angemessene Pension aus der Staatskasse erteilt und den Beamten des früheren Muley Saffs eine gerechte Behandlung zuteil wird.

Die Regierungen Europas wollen also solidarisch für eine gute Arbeitslosenunterstützung an den herausgesetzten Sultan Muley Saff eintreten.

**Zu den nationalstaatlichen Streiktrawallen in Prag.** Die Behörde des Statthalter in Prag, die zur Verhinderung von Ausschreitungen getroffenen Bestimmungen mit größtem Nachdruck durchzuführen, indienfalls unverzüglich die nötigen Maßnahmen zu treffen, welche erfahrungsgemäß die Herstellung von Ruhe und Ordnung verbürgen.

In Karlsbad wiederholten sich am Dienstag Nachmittag die bewußten Demonstrationen. Die patriotische Menge von vor bis 10 Uhr des Vormittags, Stenographen der dortigen Arbeiter (Hochschule Klub), war die Fenster des Bismarck, der in die Wohnung ein und zerstörte darin alles. Sodann durchsah die Menge die Straßen, zerstörte sämtliche öffentliche Aufstellungen und rief schreckliche Firmensachen herab. Die Polizei war mehrere Male blut. Mehrere Wachen und Beamten wurden durch Steinwürfe verletzt.

Abgesehen von einigen Anfeindungen verlief der gestrige Abend ziemlich ruhig. Die Regierung verhängt durch M. a. v. an schläge an den Straßenenden scharfe Drohungen gegen die Ruhestörer, ferner ein Verbot aller Aufzüge. Unter diesen allgemeinen Wendungen verbirgt sich auch das Verbot des Bummels der Studenten.

**Friedensverhandlungen auf dem Balkan.** Die Türkei ist in Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn über die Regelung des neuen staatsrechtlichen Verhältnisses von Bosnien und der Herzegovina. Sie erkennt die Annexion an und ist mit der Rückgabe des Sandschat Novibazar einverstanden. Ferner werden Abmachungen betreffend den Bau der Sandshahbahn die vollen Rechte des Kaisers in Bosnien und die Befreiung Oesterreich-Ungarns, das Sandschat Novibazar unter bestimmten Umständen gegen Serbien und Montenegro zu verteidigen, den Gegenstand der beinaheenden Verhandlungen bilden.

**Briefkasten.**

- Zyrenschinden der Redaktion: Wochentags von 12—1 Uhr Mittags
- D. K. Eine Schwester, auch wenn sie die einzige Hinterbliebene ist, hat niemals Anspruch auf Erstattung der von ihrem Bruder geleisteten Versicherungsbeiträge.
- M. K. Glogau. Ja.
- M. K. 1. und 2. Sie sind berechtigt, das Geld zurückzuverlangen. Ja.
- S. K. Neue Laurentienstraße. Die Pfändung der Unfallrente für Unterhaltsgelder der geschiedenen Ehefrau und die Tochter ist zulässig, doch ersuchen Sie, daß Ihnen ein Teil der Rente verbleibt.
- M. K. 20. Oeffentliche Gewerkschafts-Versammlungen sind zwar nicht anmeldepflichtig, dürfen aber nach § 18 des neuen Vereinsgesetzes von der Polizei überwacht werden.

Verantwortliche Redaktion: Gustav Wolff. - Redaktion und Druck: West-Großdruckerei G. m. b. H. - Verlag von Oskar Schöner. - Druck von Th. Schöner. G. m. b. H. - Druck in Berlin. - Druck 2. Schöner.

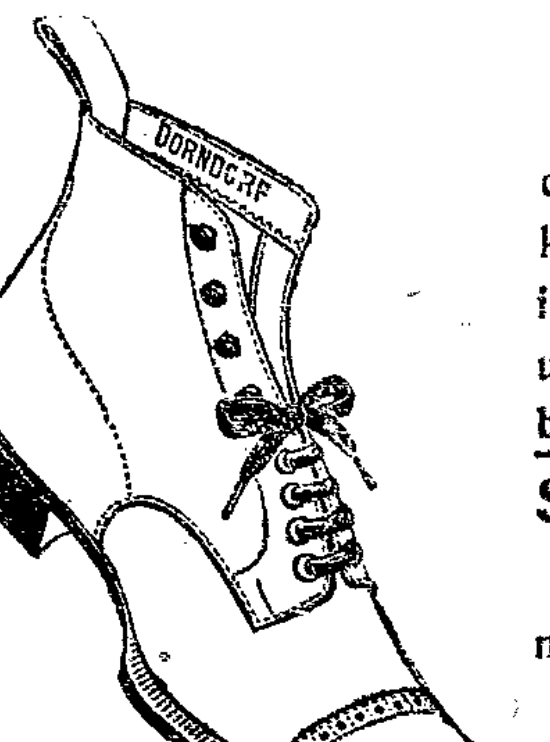
**Aus der Geschäftswelt.**

In der am 20. bis 24. Oktober stattfindendenziehung der Noten-Auswertung stellen am ersten Tage folgende Gewinne: 5000 Mk. auf Nr. 211807, 1000 Mk. auf 262192, 805321, 500 Mk. auf 8423, 2783, 44093, 90695, 108408, 116646, 121016, 146259, 145592, 161492, 164215, 173247, 213323, 227056, 245221, 254366, 210335, 84090, 357084, 358286, 388874, 388877. (Que Gen-Abt.) Mitteilt durch das Bank- und Lotterie-Geschäft S. Klement, Breslau I, Ring 22.



**JOSETTI JUNO**  
CIGARETTEN  
mit und ohne Mundstück  
als beste Qualität in der Preislage  
10 Stück 20 Pfennig.

Der



**Ausverkauf**

der infolge Einführung von Einheitspreisen in unserer Verkaufsstelle, Ohlauerstrasse 18, überzählig gewordenen Artikel in den Zwischenpreislagen vorjähriger Fassons und verschiedener unmoderner Dessins, Muster- und Fensterpaaren findet zu bedeutend ermäßigten Preisen nur in unserer Filiale Schmiedebrücke 46/47 statt.

Wir bemerken ausdrücklich, dass dieser Ausverkauf nur einmal stattfindet und nur kurze Zeit dauert.

Die Preisermässigung beträgt 10—50 Prozent.

**Dorndorf.**

„In freien Stunden“  
Illustrierte Roman-Bibliothek, Best 10 Pfennig.

# R. G. Leuchtag Nachf.

Spezialhaus 1. Ranges für Damen- u. Mädchen-Konfektion

Donnerstag, den 22. Oktober, vorm. 9 Uhr

ERÖFFNUNG

meiner neuen in modernstem Stile eingerichteten Geschäftsräume

Nikolaistrasse 8.

**Gewerk-**  
**schaftshaus**  
Margaretenstr. 17.

Am 9. ds. Mts. verstarb nach langem, schwerem Leiden  
unser Mitglied, der Kollege  
**Ludwig Schlottmann**  
im Alter von 58 Jahren. 5012  
Ehre seinem Andenken!  
Die Kupferschmiede der Zahlstelle Breslau des  
Verbandes der Kupferschmiede Deutschlands.  
Beerdigung: Donnerstag, den 22. ds. Mts., nachm. 3 Uhr,  
vom Barnherzigen Brüderkloster nach Salvator.

**Persil**

das beste existierende Waschmittel, dessen  
enorme Wasch- und Bleichkraft das höchste Ent-  
zücken der Hausfrauen hervorruft. Weil seine  
wunderbare Wirkung scheinbar unerklärlich, fürchten  
manche Hausfrauen, daß Persil der

**Wäsche**

schädlich sei, aber viele Tausende von Hausfrauen  
haben sich durch fortgesetzten Gebrauch  
von der absoluten Unschädlichkeit dieses  
einzig dastehenden Waschmittels überzeugt und sind  
sogar zu der Einsicht gekommen, daß Persil die  
Wäsche schont. Überzeugen Sie sich gleichfalls!

Ausschließliche Fabrikanten:

**Henkel & Co., Düsseldorf**

nach der weitbekanntesten Henkels Bleich-Soda.

**18. Grosses**  
**Volks-**  
**Konzert**

Liebig's Etablissement.  
25. 1. Oktober:

**12 Debuts.**

Anfang 7 1/2 Uhr.

**Palmgarten.**  
Dir. H. Krasnik.

**Oktoberfest**  
in München.

**2 Kapellen.**

Entrée frei!

**Humboldt-Verein.**

Donnerstag, den 22. Oktober,  
abends 8 Uhr  
im kl. Saale v. Exner's Restaurant,  
Mauritiusplatz 4,

**Vortrag**

des Herrn Dr. med. Silber:  
„Wie schützt man sich vor  
Ansteckung?“  
Eintritt frei!

8 Pf. Reformblätter 8 Pf.

Wer raucht noch nicht die

**„Kleinen**  
**Sachsen?“**

Zigarette. 1200

Seite 2 u. 3 Pf.-Zigarette.

**Rechte u. Pflichten**  
**des Mieters**

nach d. neuen Bürgerl. Gesetzbuch  
Kommentar gegen Miethsrecht  
von Rich. Lipinski.

Preis pro Exempl. 20 Pfennige.  
Die Broschüre ist sachkundig  
auf Grund der Motive und der  
Denkschrift zum Bürgerlichen  
Gesetzbuch bearbeitet und ist ein  
sicherer Führer durch das Mieths-  
recht.

Buchhandlung Volksmacht.

**Programm**  
**30 Pf.**

**Stadt-Theater.**

Wittwech, 7 1/2 Uhr:  
„Carmen“  
Donnerstag, 7 1/2 Uhr:  
„Die lustigen Weiber  
von Windsor“  
Freitag, 7 1/2 Uhr:  
„Der Freischütz“.

**Lobe-Theater.**

Wittwech, 7 1/2 Uhr:  
„Der fidele Bauer“  
Donnerstag, 7 1/2 Uhr:  
„Wolfenkräuter“  
Freitag, 7 1/2 Uhr:  
„Der fidele Bauer“.

**Volks-Vorstellungen**  
**im Thalia-Theater.**

Freitag:  
Gruppe B. 6. Vorstellung:  
Der Schlafwagenkontrollleur.  
Sonnabend:  
Sonnabend-Vorstellung:  
„Das Leben ein Traum“.

**Schauspielhaus**

Wittwech, 8 Uhr:  
Zum Besten der Unterhaltungsstellen  
der Angehörigen des Regiments 11.  
Spiel: „Die Elfen“.  
Donnerstag, 8 Uhr:  
„Jugendfreunde“.

**Victoria-Theater**

**Gastspiel:**  
**Blatzheim.**  
Fern:  
neue  
**Attraktionen. 5**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Neu wecheltags gültig.

**Zeltgarten.**

Dir. H. Krasnik.  
**Neues Programm!**

**Nordini**

Der in der ganzen Welt bewunderte  
einzigartige  
**Entseffungsmittel,**  
das  
**brill. Programm.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Sonntag,**  
**den 8. November,**  
**nachm. 3 1/2 Uhr:**

Am 20. ds. Mts. verschied nach kurzen, schweren Leiden  
meine innigstgeliebte Frau, unsere herzensgute Mutter, Tochter,  
Schwester, Schwägerin und Tante

**Auguste Ulbrich, geb. Klose.**

Um stille Teilnahme bittet im Namen der Hinterbliebenen  
**Der trauernde Gatte Ernst Ulbrich.**

Beerdigung: Freitag, nachm. 3 1/2 Uhr, vom Trauerhaus  
Kreuzburgerstr. 15 nach Pohlantowitz. 5016

**Verein „Freier Gedanke“**  
Deutscher Kronprinz, Kurze Gasse.

Donnerstag, den 22. Oktober 1906, abends 8 Uhr:

**Oeffentlicher Vortrag**

**Prediger Tschirn.** 5013

Thema: „Die Menschen vor Adams Zelten“.

Entrée im Vorverkauf 10 Pf., an der Kasse 20 Pf.

Vorverkaufsstellen siehe Anschlag-Bullen.

**Hansel's Etablissement, Pöpelwitz.**  
Leben Fam.-Kränzchen  
Donnerstag:  
bei freiem Zutritt! — Volle Crächer wie  
sonst! — Besondere Prämien-Vertheilung.

Sonnabend, 24. Oktober: Zeitkränzchen vom Sparverein „Archimed-“.

**Wichtig**  
**für Möbelfäufer!**  
Best und gut gearbeitete  
**Möbel- u. Polsterwaren**  
in allen Preislagen  
**Zwolnowski,**  
Jent: Breitenstraße Nr. 3,  
Eingang Weiße Ohle.  
Besuchen Sie die Werke in unserer  
Schauvitrine.

**Pianos,**  
Flügel u. Harmoniums  
größte Auswahl, jede  
Preislage, Vollzüg., Mistel,  
Reparaturen Stimmen

**Georg Neumann**  
BRESLAU Neue Graupenstraße 15.  
3897

**Bürger-Kaffee**

1. Bld. Nr. 0,45  
**Zeichmann & Co.**  
Schneidwarenstraße 9  
jetzt Eingang Karlsstraße.  
16 Geschäfte in allen Stadtteilen.

**Verkauf bill. Möbel**

Pianino, 1 Sofa, 1 Anrichtentisch,  
20 Stuhl, Tisch, Tisch, 35 Stuhl,  
Chaise 16 St., Spiegel u. Bilder  
25 St., Geden-Garantur in Tisch  
100 St., Schrank 25 St. sowie  
verschied. andere Möbel, Schreibrüst,  
Bücherregal, Schreibtisch, Wasch- u.  
Nachricht, Küchensch. i. billig, auch  
eleg. Schlaf u. Wohnzimm., Salon.  
Reichth. 43. 2. Etg. 4201

**Für**  
**Zigarrenmacher!!**

Alle Rohstoffe zur  
Zigarrenfabrikation aus-  
wählen in größter Auswahl  
und zu billigsten Preisen  
**Carl Rother & Rode**  
Breslau I, Hermannstr. 21.

**Tasmatzi-**  
**Zigaretten**

Unerreichte Qualität! Grösste Verbreitung!

Pol mit Mundstück	1 Pfennig
Lucca mit Mundstück	1
Uncas mit und ohne Mundstück	2
Ussore Marine mit und ohne Mundstück	2
Rillas mit Mundstück	3
Ramses mit und ohne Mundstück	3
Elegante Blechpackung.	
Eines Gold	3-5
Elegante Blechpackung.	
Ptee m. Mundst., o. Mundst. u. Gold	4-25

## Preussisches Abgeordnetenhhaus.

1. Sitzung, Dienstag, den 20. Oktober, Nachmittags 2 Uhr.

Am Ministertisch: Herr v. Rheinbaben, v. Moltke, Dr. Delbrück.

Herr v. Rheinbaben eröffnet als Präsident der Sitzung die Sitzung mit dem üblichen Hoch auf den Kaiser. (Hierauf betreten die sozialdemokratischen Abgeordneten den Saal.)

Nach Mitteilung einiger eingetragener Vorlagen erteilt der Vorsitzende dem Finanzminister das Wort.

Finanzminister Herr v. Rheinbaben: In Erfüllung der am 11. März abgabenen Aufgabe haben auf Grund allerhöchster Ermächtigung vom 15. d. M. der Herr Kultusminister und ich die Ehre, dem Hause folgende Vorlagen zu unterbreiten: Erstens: Eine Befolgsordnung für die nennbaren Staatsbeamten. Damit löst im engen Zusammenhang die zweite Vorlage, welche anderweitiger Regelung der Wohnungsgeldausfälle. Diese letztere Vorlage kann erst vorgelegt werden, wenn die Beratungen des Bundesrats über die Regelung des Wohnungsbauausfalls für die Reichsbeamten beendet sein werden. Ein drittes Gesetz betrifft die Dienstleistungen von Lehrern und Lehramtskandidaten an öffentlichen Volksschulen, ein viertes die Regelung der Pflanzenselbstverwaltung, das fünfte die Unterbreitungsarbeiten für die evangelischen Landeskirchen. Das sechste Gesetz betrifft die Regelung des Dienstverhältnisses der katholischen Pflanzenselbstverwaltung. Ein siebentes Gesetz betrifft die Vorläufige Veränderung der Klassen- und Erziehungsgrade. Ein achtendes endlich bildet einen Entwurf eines Gesellschaftssteuergesetzes. (Beifall.)

Zusammenfassend sind diese Gesetze in einem sogenannten Mantelgesetz gegeben, wodurch zum Ausdruck gebracht werden soll, daß die gesamten Vorlagen ein einheitliches Ganzes bilden, daß sie zu den gleichen Terminen in Kraft treten sollen und ihre finanzielle Deckung in der gleichen Weise gesichert solle. In dem Mantelgesetz ist auch vorgesehen, daß die Befolgsordnung in den einzelnen Punkten durch den Etat abgeändert werden kann. — Für die Staatsbeamten sind in den Jahren 1908/07 27 1/2 Millionen Mark an Gehaltserhöhungen aufgewandt worden. Die jetzige Befolgsordnung sieht einen weiteren Staatsaufwand von 60 1/2 Millionen vor. Die Erhöhung des Wohnungsgeldausfalls wird etwa 23 Millionen Mark beanspruchen. Die dauernde Mehrbelastung zu Nutzen der Beamtengehälter beträgt also 111 Millionen Mark. (Bravo!) Dem Gesetz ist eine ausführliche Denkschrift beigegeben. Das bisherige Mindestgehalt von 800 Mark verschwindet überhaupt aus dem Etat, es beträgt in Zukunft 1000 Mk. (Bravo!) Die unteren Beamten werden alle aufgehoben, die mittleren Beamten auch fast durchwegs. Ihre Stellen sind vor allem, eine größere Sicherheit in den Gehältern herbeizuführen. Es ist gelungen, die 106 bisher bestehenden Klassen auf 21 Klassen zu reduzieren. Ich erlaube mir eine kleine Dankbarkeit, wenn ich erkläre, daß dies Ziel erreicht ist und daß durch die nie abnehmende unermüdete Mitarbeit der Herren Minister Staatssekretäre Dombois und des Finanzrats v. Moltke. (Bravo!) Der Minister geht nunmehr auf die Einzelheiten des Beamtenbefolgsordnungsprojekts ein. Er nennt zunächst die Wünsche dieses Hauses entsprechend werden die Gehälter der Beamten, die bisher 1200—1600 Mk. betragen, auf 1400—2100 Mk. erhöht. (Beifall.) Die Gehälter der Beamten der 1. bis zur 10. Klasse mit den Regimentssekretären gleichgestellt und das 10. Gehalt der Oberlehrer ist in der Klasse gleichgestellt und von 600 auf 720 Mk. erhöht worden. (Erneutes lebhaftes Bravo!) Auf einem anderen Punkte hat sich die Regierung entschlossen, dem Wunsch dieses Hauses entsprechend ganze Arbeit zu machen und alle höheren Vorklassen mit voller akademischer Bildung im 10. Gehalt gleichzustellen, also z. B. die Kreis-Schulinspektoren, die Bauinspektoren, die Gewerkebeamten usw. (Bravo!)

Was dann das Gesetz über die Dienste der Lehrer und Lehrerinnen anbelangt, so war gewünscht worden, ein grundsätzliches Einheitsgesetz zu schaffen. Die Staatsregierung glaubt an dem Grundgedanken des Artikels 25 der Verfassung festhalten zu müssen, wonach die Schule eine Veranstaltung des Staates ist, aber die einzelnen Gemeinden die Trägerinnen der Schulunterhaltung sind. Die Gehälter der Lehrer müssen daher den lokalen Verhältnissen angepasst werden. (Ausruf.) Aber die Staatsregierung erkennt an, daß die Kosten der Lebenshaltung an dem Lande und in den Städten sich ungefähr ausgleichen, z. B. sind die Kosten der Kindererziehung an dem Lande vielfach höher. (Sehr richtig!) Daher schlägt die Regierung vor, in allen Gemeinden ein gleiches Grundgehalt von 1350 Mark für Lehrer und eine gleiche Ortszulage von 200 Mark zu gewähren. Während nach dem Gesetz von 1897 das Mindestgehalt der Lehrer 900—1800 Mark betrug, soll es nunmehr 1350—3150 Mark betragen. (Bravo!) Dies ist gar nicht ein

wesentlicher Fortschritt. Das Mindestgehalt der Lehrerinnen soll von 700—1420 auf 1050—2400 Mark erhöht werden. Nur für die Gehaltssätze soll eine Ausnahme gemacht und ihnen die „Balkenheit“ gegeben werden. Aber das Grundgehalt von 1350 Mark hinausgehen. (Sehr richtig!) Es soll also bei Gemeinden mit über 25 000 Seelen eine pensionsfähige Ortszulage von 200, 400 und 750 Mark je nach der Größe des Ortes gewährt werden. Kleineren Gemeinden soll dadurch entgegen gekommen werden, daß sie einen Anspruch auf einen erhöhten staatlichen Zuschuß erhalten. Die Gehälter der evangelischen Geistlichen sind von bisher 1800—4800 auf 2400—6000 Mark erhöht worden in vollem Einkommen mit den Synoden. Der Kostenaufwand für diese Erhöhung beträgt 10 490 000 Mark. Auch die Gehälter der katholischen Geistlichen sind erhöht worden von bisher 1500—3200 auf 1800 bis 4000 Mark. Hier ist aber im Gegensatz zu der Regelung bei den evangelischen Geistlichen die Ertragung der Lasten bei den einzelnen Kirchen emittieren vorgesehen. Doch ist der Staatsbeitrag um 2 000 000 Mark erhöht worden. Diese Erhöhung der Gehälter der Geistlichen wird hoffentlich dazu beitragen, ihren ihre segensreiche und wie mir scheint, von Jahr zu Jahr dringender werdende Tätigkeit zu erleichtern. Ich komme nun zu dem ersten und für Sie wahrscheinlich weniger erfreulichen Teile der Gesetzgebung. Die dauernde Belastung des Etats durch die genannten Gesetze beträgt etwa 200 000 000 Mark. Eine so hohe dauernde Mehrbelastung war natürlich nicht möglich, ohne dauernde Erhöhung der Einnahmen. Die Regierung kann die Übernahme von so großen Lasten nur bei genügender Deckung verantworten. Die Erhöhung der Gehälter ist also unbedingt durch die Annahme der Befolgsordnungen. Ich habe mich wiederholt gegen eine Reichseinkommen- und Vermögenssteuer gewandt, weil die Einzelstaaten diese Steuern zur Deckung ihrer eigenen Bedürfnisse brauchen. (Bravo! rechts.) Die Regierung schlägt vor, von dem zu bedenkenden Bedarf von 126 Millionen Mark nur 55 Millionen Mark durch Erhöhung der Staatseinnahmen zu decken und den Rest vorläufig ungedeckt zu lassen. Wir wollten unter keinen Umständen Steuern auf Vorrat in Vorschlag bringen. Um diese reichlichen Mittel zu decken, wird es größter Sparmaßnahme bedürfen, wir gehen jetzt schon einer Reihe magerer Jahre entgegen. Für die allgemeine Finanzlage ist es bezeichnend, daß der Rückgang der Einnahmestruomen wahrheitsgemäß 120 Millionen Mark betragen wird. (Schr. hört!) Bedeutender noch als dieser Rückgang, der mit der Wirtschaftlichen Konjunktur zusammenhängt, ist die Tatsache, daß auch das Verhältnis der Ausgaben zu den Einnahmen bei den Eisenbahnen ungünstiger geworden ist. Die Erhöhung der Einkommensteuer soll erst von 7000 Mark an betragen. Zunächst ist der Zuschlag nur gering; er erreicht 25 Prozent bei den Reinkünften mit 30 000 Mark Einkommen. Würde man die untere Grenze auf 3000 Mark statt auf 7000 Mark setzen, so würde das nur eine Mehrerhebung von 4 Millionen ausmachen. Mit Rücksicht auf die mittleren Beamten und den Mittelstand im allgemeinen haben wir daher von dieser Erhöhung der Grenze auf 3000 Mark abgesehen. (Bravo!) Einem vielach aus dem Hause gedachten Wunsch entsprechend haben wir das Kinderprivilegium weiter ausgedehnt. (Bravo!) Die Ermäßigung der Steuer soll betragen bei zwei Kindern eine Stufe, bei drei oder vier Kindern zwei Stufen und bei fünf Kindern und mehr drei Stufen. (Bravo!) Es entspricht nur der Gerechtigkeit, wenn auch die Ergänzungsteuer erhöht wurde; diese Erhöhung soll durchschnittlich 25 Prozent betragen. Um nun die erforderliche Summe aufzubringen und doch bei der Erhöhung der Einkommensteuer nicht über 25 Prozent hinausgehen zu müssen, haben wir uns entschlossen, in dem letzteren Gesetz die kapitalistischen Abgaben steuerlich höher zu lassen. Diese kapitalistischen Abgaben haben in unserem Wirtschaftsleben eine von Jahr zu Jahr steigende Bedeutung erlangt und ihre steuerliche Leistungsfähigkeit ist ständig gestiegen. Der Vorschlag der Regierung geht dahin, die Steuer nach dem Ertrage, z. B. dem Verhältnis des Gewinns zu dem Grundkapital abzuklären. 2. Prozent sollen erhoben werden bei geringer rentierenden Gesellschaften, im Durchschnitt soll die Steuer 6 Prozent betragen und bei hochrentierenden Gesellschaften mit nicht weniger als 18 Prozent betragende 7 1/2 Prozent. Die Gesellschaften im b. S. sind dabei ausgenommen. — Vermittelt wird vielleicht werden eine Vorlage über die Beseitigung oder Modifizierung der kommunalen Steuerprivilegien der Beamten. Die Vorlage ist mit Rücksicht darauf unterblieben, weil sie etwa 10 Millionen Mark Kosten verursachen würde. Dagegen sind wir bereit, auf einem anderen Wege den berechtigten Wünschen der Städte entgegenzukommen. Wir haben erwogen, das Kommunalsteuerprivilegium der gegenwärtig im Amte befindlichen Beamten ausreicht zu erhalten, dagegen für die übrigen ein- und zwei- und drei- und vier- und fünf- und sechs- und sieben- und acht- und neun- und zehnjährigen Beamten zu beseitigen. Ein solches Gesetz hoffe ich Ihnen bald vorlegen zu können. — Damit bin ich am

Schluß meiner Ausführungen. Ich übergebe das Material Ihrer sachgemäßen Prüfung und hoffe, daß die hohe Gerechtigkeit der Regierung einzuwirken wird in dem Bestreben, den Beamten, Lehrern und Geistlichen die ihnen von allen Seiten bringenden mühseligen Aufbesserung zuteil werden zu lassen und doch die Selbsttätigkeit unserer Finanzverwaltung, eines der Hauptstützen des Reichens Größe, aufrecht zu erhalten. (Beifall.)

Präsident von Arndt: Ich teile mit, daß ein Antrag von Bergmann und Genossen (Soz.) eingegangen ist, das Abgeordnetenhaus solle die Justizverwaltung erlösen, den Landtagsabgeordneten die Freiheit für die Dauer der Session aus der Festungshaft zu entlassen.

Als Tag der nächsten Sitzung schlägt Präsident von Arndt vor, Montag, den 26. Oktober, Vormittags 12 Uhr und als Tagesordnung: 1. Wahl des Präsidiums. 2. Erste Lesung der Beamten-Gesetze.

Herr v. Rheinbaben (Sozialdemokrat): Ich beantrage, den soeben eingebrachten Antrag von Bergmann und Genossen an zweiter Stelle auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen.

Präsident von Arndt: Ich werde abstimmen lassen.

Der Antrag ist nicht angenommen. Die Stimmen der Sozialdemokraten, der Polen, der meisten Freisinnigen und einiger Nationalverbaler abgelehnt. Es bleibt also bei der vom Präsidenten vorgeschlagenen Tagesordnung. Schluß 4 Uhr.

## Herrenhaus.

Erste Sitzung: Dienstag, den 20. Oktober. Der Präsident der letzten Tagung Freiherr v. Manteuffel eröffnet die Sitzung nach 3 Uhr.

Auf Vorschlag des Freiherrn Lucius v. Ballhausen werden die bisherigen Präsidenten und Schriftführer wiedergewählt. Landesdirektor Freiherr v. Manteuffel als Präsident, Oberbürgermeister a. D. Peter als erster, Freiherr v. Landsberg Steinfort als zweiter Präsident. Ebenso die Schriftführer der vorigen Tagung. Graf Armin-Foigenberg, Dr. v. Bursdorff, Graf Fink v. Finkenfeldt-Schubert, Graf v. Gütten-Clapp, Dr. Johann v. Klitzing, Graf v. Seibitz-Sandberg, Dr. Mann.

Damit ist das Haus konstituiert und die Tagesordnung erledigt. Nächste Sitzung: Mittwoch 2 Uhr: Geschäftliche Mitteilungen und Vereidigung neuer Mitglieder. Schluß 3 1/2 Uhr.

## Partei-Angelegenheiten.

Ein Aufreißungs-Prozess. Als Folge der jüngst vorgenommenen Verlesung der Schrift „Die Wiener Revolution von 1848“ von Bach in der Frankfurter Parteibuchhandlung hat der Genosse Thiermeier eine Anklage wegen Verleumdung gegen den § 112 R.-St.-B. (Aufreißung von Mitgliedern des Soldatenbundes) erhoben.

Genosse Goldstein, unter einigem lächlicher Landtagsabgeordneter, befindet sich — den Umständen nach — wohl. Sprache und Bewußtsein hat glücklicher Weise durch den Anfall nicht gelitten, beides ist normal geblieben. Dagegen ist die rechte Hand und das rechte Bein leider noch gelähmt, doch hofft der Arzt auf eine vollständige Wiederherstellung unter Genossen. Der Heilungsprozess wird aber eine geraume Zeit in Anspruch nehmen. Es ist daher völlig ausgeschlossen, daß Genosse Goldstein an der bevorstehenden Tagung des Landtages teilnehmen kann. Für das lächliche Proletariat bedeutet dies eine schwere Einbuße. Auch von den Reichstagsverhandlungen wird unter Genosse die erste Zeit fernbleiben müssen.

## Arbeiterbewegung.

Der terroristische Banarbeiter in Jittau. Durch die bürgerliche Presse geht eine Terrorismusgeschichte aus Jittau, die auch in Nr. 79 des Reichs-Anzeigers veröffentlicht wurde. Danach habe ein unorganisiertes Banarbeiter aus der Arbeit treten müssen, weil die Organisten nicht mit ihm zusammenarbeiten wollten und der Vater des Banarbeiters gegen den Terrorismus der Verbände ohnmächtig gewesen sei. Zu dieser Schauergeschichte hat die „Jittauer Morgenzeitung“, die sie zuerst brachte, bereits am 8. Oktober 1908 in Nr. 235 eine Abklärung des Vertrauensmannes der organisierten Maurer von Jittau veröffentlicht. Diese Aufklärung des Vertrauensmannes lautet:

„Der Arbeiter Neumann aus Jittau war mit dem Arbeiter Hoffmann aus Obersdorf am Bahnhof Oschin mit Abladen von Materialien beschäftigt; bei dieser Gelegenheit fragte

## Kunst, Wissenschaft und Technik.

Tollstois Dankbrief. Fast alle Blätter veröffentlichten einen Dankbrief Tollstois an alle Universitäten, Gemeinden, Gesellschaften, Korporationen und Einzelpersonen, die ihm zu seinem Jubiläum gratuliert haben. Tollstois dankt allen seinen Freunden im Inlande und Auslande. Er dankt allen Unbekannten vom Fürsten bis zum Soldaten, allen Jungfrauen, Mädchen, Kindern sowie Geistlichen, von denen nur wenige unter den Gratulanten zu finden sind. Er dankt Tollstois für alle Geschenke, von denen ihn manche tief glücklich haben.

Das Befinden Tollstois hat sich völlig gebessert. Neben langen Spaziergängen im Wald unternimmt der rüstige Greis oft Mitten bis zu fünfzehn Kilometer Distanz, so daß sein meist um ihn weißender Freund Dichtelkow während eines Spazierganges scherzend sagt: „Ich werde in kurzer Zeit damit beginnen, die Beschreibung Ihres hundertjährigen Jubiläums vorzubereiten.“ Unten noch immer einleitend den Beglückwünschungen der letzten Zeit befaßt sich auch ein Brief aus Amerika mit der Antrage, dessen Kandidatur auf den Präsidentenposten der Vereinigten Staaten Tollstois vorgebe, worauf dieser antwortet, daß er schon den Vorzug vor anderen Kandidaten geben würde.

Was eine Klatsche Wein anrichtet, darüber hat Professor Wischnewsky bemerkenswerte Feststellungen gemacht, und zwar nahm er an seinen Untersuchungen die Scheriffscheer, die er während ihrer Arbeit beobachtete. Der Versuch erstreckte sich auf vier Tage am meisten und vier Tage gab man jedem Liter 35 Gramm Alkohol in Form von einem Liter Wein während sie am ersten und dritten Tage keinen Alkohol zu sich nahmen. Es eracht sich dann, daß die Leistungsfähigkeit der Arbeiter, die ja an der Länge des hergestellten Tages und der Anzahl der Fehler leicht zu kontrollieren ist, an den „Alkoholtagen“ um 10 bis 14 v. H. eingebüßt hatte wenigstens bei drei von ihnen. Auf den vierten hatte der Alkohol so gut wie gar keinen Einfluß; dieser nahm höchstens am Sonntag ein Maß Wein zu sich, während die übrigen auch in der Woche regelmäßig Wein tranken. Derjenige der Arbeiter, der am meisten in seiner Arbeit beeinträchtigt wurde, pflegte an jedem Arbeitstag vier Glas und an Sonntagen acht bis zehn Glas Bier zu trinken.

Zu ähnlichen Ergebnissen ist auch Madin gekommen. Er untersuchte vier gesunde Studenten, von denen drei regelmäßig tranken, während der vierte seit sechs Jahren vollständig abstinente gelebt hatte. Auch hier zeigte sich nach 12 bis 36 Stunden später eine unmerkliche Beeinträchtigung der geistigen Fähigkeiten, besonders des Gedächtnisses. Wodurch zeigte der Abstinente die größte Widerstandsfähigkeit gegen die Wirkungen des Alkohols. Auch Führer hat festgestellt, daß die Wirkungen des Alkohols selbst in mäßigen Mengen

sich noch tagelang bemerkbar machen. Wenn auch die Versuchspersonen sich über eigenen Anklage nach durchaus wohl fühlten, so verging doch meistens der dritte Tag, ehe ihr Gehirn wieder im richtigen Zustande war.

Auf Grund dieser Versuchsergebnisse wären also Leute, die gewohnheitsmäßig ihre Klatsche Wein oder entsprechend dem Alkoholgehalt Bier oder etwas anderes trinken, niemals so ganz „normal“.

## Aus aller Welt.

Zur Katastrophe des „Sergesell“. In den Kreisen der oberbayerischen Kurierfahrer ist die Hoffnung auf Rettung der Führer des „Sergesell“, der Leutnant von Forst und Hummel, zunehmend angegraben. Die Berliner Zeitung hat in einem Telegramm an den oberbayerischen Verein für Luftschiffahrt Straßburg ihrer tiefbewegten Anteilnahme an dem furchtbaren Geschehnis der beiden Vereinsmitglieder Ausdruck gegeben.

Ein Selbstmord und seine Vorgeschichte. In der vorvergangenen Nacht hat der Unterarzt Erich Rufmann von der 1. Division Kaiser Wilhelm-Alademie wegen einer kriegsgerichtlichen Verurteilung Selbstmord verübt. Vor acht Tagen hatte er sich vor dem Kriegsgericht der königlichen Kommandantur wegen Körperverletzung mittels eines gefährlichen Werkzeuges an verantwortlichen. Eines Abends hatte der junge Arzt in der Luisenstraße die junge Tochter eines Schlossers Th. anredet, um sich mit ihr in ein Gespräch einzulassen. Das Mädchen ging aber nicht hierauf ein, sondern lief davon und rannte nach der elterlichen Wohnung hinauf. R. eilte nach (!) und geriet an der Korridortür mit dem Vater der Th. zusammen. Er wurde aus dem Hause gewiesen, und in dem Augenblicke, als die Haustür hinter ihm abgeschlossen werden sollte, verlegte er dem Th. mit einem Schlüssel einen heftigen Schlag gegen die Stirn. (!) Das Kriegsgericht verurteilte ihn zu einer den Umständen nach erstaunlich niedrigen Strafe (100 Mark). R. nahm sich jedoch diese Bestrafung derartig zu Herzen, daß er den Entschluß faßte, aus dem Leben zu scheiden. In der vorvergangenen Nacht vergiftete er sich mit Morphium. Er wurde in das Garnisonlazarett in der Schanzengasse eingeliefert, wo er bald darauf starb.

Den Bruder im Jähorn erstochen. Ein Telegramm aus Allenstein meldet: Der fünfzehnjährige Vorkämpfer Bruno Bedeja aus Comblen wurde von der Strafkammer wegen Brudermordes zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Bei einem Schuss hatte er seinem zwei Jahre älteren Bruder nach einem Streit mit einem eisernen Drahtrod einen Stich gegen die Stirn versetzt, der den Tod zur Folge hatte.

Die Niagarafälle als Selbstmordort. Je mehr die Anzahl der Besucher an den Niagarafällen wächst, desto häufiger wird auch die Anzahl der Selbstmorde, die sich dort ereignen. Es scheint fast, als ob die wunderbare Naturerscheinung der Fälle den Selbstmördern zur Ausführung ihres traurigen Vorhabens sympathischer erweise, als der gewöhnliche Tod durch Gift oder durch eine Kugel. Seit Juli haben sich bereits 11 Personen in selbstmörderischer Absicht in die Niagarafälle geworfen, um auf Nimmerwiedersehen zu verschwinden. Eine Rettung ist ausschließlich der unheimlichen Gewalt der Gewässer natürlich gänzlich ausgeschlossen. Die Dreispolier gerichtet sich vergeblich den Kopf darüber, welche Maßnahmen getroffen werden könnten, um die Selbstmordveruche zu vereiteln. Wenn man aber die Niagarafälle in ihrer Gesamtheit nicht mit einem übermannshohen Drahtzaun umgeben will, dürfte sich kein Mittel finden lassen.

Unter dem Verdacht der Verletzung zum Weineide in Koburg der seit mehreren Jahren dort lebende, bekannte Bilderskulptor Professor Dr. Franz Hütner, Pfarrer zum Thal verhaftet und nach München abgebracht worden. Professor Hütner hatte sich in München ein Materialatelier eingerichtet, in dem er Aufnahmen machte. Die Verhaftung wird nach einem unbilligen Verdict mit einer Alimentationslage zusammengebracht, in der ein anderer Verlor zu mehreren Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Professor Hütner befand sich gerade beim Frühstück in einem der ersten Koburger Hotels, als die Verhaftung auf Antrag der Münchener Staatsanwaltschaft erfolgte. Professor Dr. Hütner, der 49 Jahre alt und ein geborener Hallenser ist, hat sich in der künstlerischen Welt besonders einen Namen als Gemäldeskulptor gemacht. Er war ein Schüler Beckenlofers und hatte an der Münchener Akademie der bildenden Künste den einzigen Lehrstuhl für die Wissenschaft der Bildhauerei, der Erhaltung und Wiederherstellung von Gemälden inne. Professor Hütner ist ferner Herausgeber einer in München mit Konfessionskreisen viel besprochenen Schrift über „Erhaltung, Wiederherstellung und Reinigung von Gemälden nach den neuesten Forschungen“ und hat in den „Technischen Mitteilungen für Maler“ die wertvollsten Ergebnisse seiner Forschungen veröffentlicht. Er wurde erst in diesem Frühjahr vom Herzog von Koburg zum Geheimen Hofrat ernannt und gilt als maßgebende Persönlichkeit.



Nicht mit den... die durch... die benachbarten... die Verbreitung... die Verbreitung... die Verbreitung...

Ein Staatsanwalt über Jugendgerichte.

Der bekannte Dresdener Staatsanwalt Dr. Wulffen hielt am Montag einen Vortrag über Jugendgerichte, der sehr beachtenswerte Ausführungen enthielt...

Dabei wiesen wir auf Grund der Erfahrungen ganz genau, daß die erhöhte Wirkung der ersten Strafe scheitert an Wesen und am unvollkommenen Verstand der Strafe...

Neuer beschaffte sich dann etwaend mit dem Entwurf der neuen Strafprozeßordnung. In der Sache selbst ist die Strafanzeige, besonders gegen Kinder, sehr wichtig...

Leider ist Staatsanwalt Dr. Wulffen ein weicher Kabe unter leichtem Anstoß und außer bei uns finden keine Ideen nur bei Wägen Anstano...

Der gesunde September.

Der September ist immer einer der günstigsten Monate des Jahres und hat sich auch diesmal als solcher behauptet...

Die Bevölkerungszunahme betrug im September 1199 Kinder, darunter 582 Mädchen und 617 Knaben...

Von den einzelnen Krankheitsgruppen zeigte in Breslau die Infektion eine Steigerung zur Aufnahme...

Die Zunahme betrug die Stadtbevölkerung gleichmäßig, mit Ausnahme des Ob- und Streben...

Die Anzahl der Kinder gestorben, eine mäßige Abnahme zeigt die Zahl der Todesfälle...

Die Delegierten der in 18 Breslauer öffentlichen Krankenhäusern beständigen Kranken betrug...

Was wollte die Polizei nur? Die Tatsache, daß der Breslauer Polizeipräsident die sämtlichen Wähler...

Der erste Schnee. Daß Mitte November schon frühhoher Schnee gefallen hat, davon haben die sogenannten Ältesten...

Die frühere Stimmung konnten deshalb die gestern in der vorigen Nacht und heute Vormittag...

Schon wieder ist ein Fall von Dampfkesseldeformation zu verzeichnen: In der Wasser- und Dampf-Mehlmühle...

Rom Kuchentinn auf dem Larbe. In dem Vorhüll von Schindelmeyer Hoffmann vom Eingange der neuen Herr...

In dem Prozeß Dieter wider Eger fand Dienstag vor dem 8. Senat des Oberlandesgerichts Verhandlung statt...

Im Wege der Zwangsvollstreckung gelangte das in Breslau, Hauptstraße 24, Ehe Wägenstraße, bekam auf den Namen des Eudarius...

Der Vorstand des Arbeitervereins hat sich am 20. d. Mts., frühmorgens um 4 Uhr...

Tot aufgefunden wurde am 19. d. M. im Hofe des Grundstücks Kurze Gasse 1 eine weibliche Person...

Der Antrag des Breslauer Arbeitervereins... die Wähler... die Wähler... die Wähler...

Die Delegierten der in 18 Breslauer öffentlichen Krankenhäusern beständigen Kranken...

Was wollte die Polizei nur? Die Tatsache, daß der Breslauer Polizeipräsident die sämtlichen Wähler...

Der erste Schnee. Daß Mitte November schon frühhoher Schnee gefallen hat, davon haben die sogenannten Ältesten...

Die frühere Stimmung konnten deshalb die gestern in der vorigen Nacht und heute Vormittag...

Schon wieder ist ein Fall von Dampfkesseldeformation zu verzeichnen: In der Wasser- und Dampf-Mehlmühle...

Rom Kuchentinn auf dem Larbe. In dem Vorhüll von Schindelmeyer Hoffmann vom Eingange der neuen Herr...

In dem Prozeß Dieter wider Eger fand Dienstag vor dem 8. Senat des Oberlandesgerichts Verhandlung statt...

Im Wege der Zwangsvollstreckung gelangte das in Breslau, Hauptstraße 24, Ehe Wägenstraße, bekam auf den Namen des Eudarius...

Der Vorstand des Arbeitervereins hat sich am 20. d. Mts., frühmorgens um 4 Uhr...

Tot aufgefunden wurde am 19. d. M. im Hofe des Grundstücks Kurze Gasse 1 eine weibliche Person...

Der erste Schnee. In fünf Zentimeter hoch lag gegen Mittag die Schneedecke. Dieser frühzeitige Schneefall ist in den Annalen unserer Stadt seit langen Jahren nicht zu registrieren gewesen. Im Jahre 1907 trat der erste Schneefall am 23. November ein und die Schneedecke war zwei Zentimeter hoch; 1908 war der erste Schneefall mit einem Zentimeter Schneehöhe gar erst am 10. Dezember zu verzeichnen; 1906 brachte der 15. November und 1904 der 21. November den ersten Schnee mit je drei Zentimetern. Die Räte hat seit gestern ein wenig nachgelassen. Sie betrug vor Sonnenaufgang nur drei Grad gegen fünf Grad gestern, und gegen 9 Uhr nur noch ein Grad. Es schneit bei Nordwind und zwei Grad Räte noch weiter. Das Barometer ist seit gestern um ein geringes gefallen, steht aber noch hoch und zeigt keine Neigung zu weiterem Fallen, jedoch Fortdauer der kalten Witterung zu erwarten ist. (Siehe an anderer Stelle.)

Wem gehört das Kind? Ins Asyl für Obdachlose wurde am 19. d. M. Abends ein neunjähriger Knabe eingeliefert, den man herumlungerte auf der Friedrichstraße voran, und der wahrscheinlich, um nicht seinen Eltern ausgeliefert zu werden, falschen Namen und Wohnung nannte.

Wieder Feuerlärm hat heute früh die Feuerwehr veranlaßt, unweit nach der Gartenstraße bei der Markthalle auszurücken.

Der Dieb im Goldwarengeschäft. Am 15. d. Mts. wollte in einem Goldwarengeschäft auf der Kiemezeile (Goldarbeiterzeile des Rines) ein junger Mann eine goldene Uhr kaufen. Er schaute lange unter der ihm vorgelegten Ware umher, konnte schließlich nicht handeltun, und ging fort. Der schon öftliche Geschäftsinhaber entdeckte zu spät, daß der Käufer ein Gauner war, der ihm bei der Gelegenheit eine goldene Savonner-Uhr entwendet hatte. Der Dieb war etwa 26-28 Jahre alt, mittelgroß, blond, mit mittelstarkem blonden Schnurbart, bekleidet mit hellem, etwas abgetragenen Anzug.

Geheftet wurde ein Zigarren-Gehpaar, das am Sonntag, den 19. d. M., in einem Zigarren-Geschäft auf der Vorwerkstraße den altbekannten Kniff anzuwenden versuchte, bei einem kleinen Einkauf ein größeres Geldstück zum Wechseln hinzugeben und dabei mit einem Griff in die Kasse einen Gelddiebstahl auszuführen. Da die junge Verkäuferin darauf nicht vorbereitet war, gelang es der Zigarren-Geh, 7 Mark zu entwenden. Ein altes Städchen verfuhr das Paar auf der Erdbeerstraße; es mißglückte aber infolge der Vorsicht der Geschäftsinhaberin.

## Aus Schlesien und Posen.

### Öffentliche Protest-Versammlungen gegen die geplante Tabaksteuer-Gefahr

finden an folgenden Orten statt:

- Mittwoch, den 21. Oktober: Schweidnitz und Bahnan.
- Donnerstag, den 22. Oktober: Breslau und Muskau.
- Freitag, den 23. Oktober: Ohlau und Prießitz.
- Sonntag, den 24. Oktober: Fries, Grünberg und Bienenbaum (Posen).
- Sonntag, den 25. Oktober: Ratibor, Strehlen, Schwerin a. Warthe.
- Montag, den 26. Oktober: Pirke (Posen), Schönlauke (Posen).
- Dienstag, den 27. Oktober: Posen.

Pirchberg, 20. Oktober. Arbeiter-Entlassungen. Am Freitag ist in der Cellulosefabrik in Cunnersdorf achtundzwanzig Arbeiter gekündigt worden. Der Grund ist dabei nicht etwa schlechter Geschäftsgang, sondern lediglich das Bestreben zu sparen. Derselbe Arbeit, die bisher zwei Arbeiter gemacht haben, soll jetzt von einem verrichtet werden. In vierzehn Tagen sollen noch weitere Entlassungen folgen. — In den Reihen wirtschaftlicher Niederganges können sich die Unternehmer bei schlecht organisierten Arbeitern alles erlauben.

Pirchberg, 20. Oktober. Chronischer Alkoholist, aber dennoch verantwortlich. Wegen vorläufiger Brandstiftung hatte sich am Montag der Tagelöhner August Häbner aus Alt-Rennitz vor dem hiesigen Schlichtergericht zu verantworten. Der Angeklagte hatte am 21. Juli d. J. sein Haus vorsätzlich in Brand gesetzt. Häbner ist Alkoholiker und hat die Tat in Rausche verübt. Da Häbner in der Verhandlung ein schon früher abgelesenes Geständnis wiederholte, so kam es hauptsächlich nur darauf an, festzustellen, ob der Angeklagte bei Begehung der Tat im strafrechtlichen Sinne zurechnungsfähig war oder nicht. Die ärztlichen Sachverständigen gaben ihre Gutachten übereinstimmend dahin ab, daß Häbner als chronischer Alkoholiker zwar eine stark verminderte Zurechnungsfähigkeit besitze, daß er aber für seine Handlungen noch verantwortlich sei. Die Geschworenen sprachen hierauf den Angeklagten der Brandstiftung schuldig, beschloßen aber einstimmig, wie der Obmann verurteilte, für den Angeklagten ein Gnabengefängnis einzusetzen. Der Staatsanwalt beantragte hierauf die gesetzliche Mindeststrafe von einem Jahre Zuchthaus, auf die auch der Gerichtshof erkannte. — Wie man bei stark vermindelter Zurechnungsfähigkeit noch für seine Handlungen verantwortlich sein kann, ist uns unheimlich. Und selbst die Geschworenen muß das „Schuldig“ nicht leicht geworden sein, denn sonst hätten sie sich nicht einstimmig für ein sogenanntes „Gnabengefängnis“ zu Gunsten des Beschuldigten erklärt.

Pirchberg, 21. Oktober. Ueberfall. Am Dienstag Abend gegen 6 Uhr wurden von einem fremden Menschen an der Dorfstraße in Cunnersdorf der Gutsknecht Conrad aus der Andreaskirche und die Fabrikarbeiter Sängel und Long durch Messerstiche schwer verletzt. Der Fremde wollte in der Schenke Getränke haben, die Conrad verweigerte, weil er betrunken war; außerdem verbot ihm Conrad das Lokal. Als dann alle drei hinter auf die Straße traten, wurden sie angefallen, wobei Conrad durch Messerstiche lebensgefährliche Verletzungen am Unterleib, die sein Auskommen unmittelbar gefährden lassen, erhielt. Dr. Solomon und zwei Schwestern veranlaßten die Ueberführung durch Tragbahre nach der Mittelbörger Klinik. Der Messerheld soll ein gewisser Deutz aus Strohberg hiesigen Kreises sein.

Pirchberg, 21. Oktober. Großfeuer. Sonntag früh in der zweiten Morgenstunde brannte das wohl vielen Touristen bekannte Restaurant „Zum grünen Hirt“ total nieder. Im Saale des genannten Lokals hatte am Sonntag Abend Lergungstischtagung, welche bereits zu Ende war, als das Feuer zum Ausbruch kam. Es hielten sich nur einige wenige Personen im Lokale auf. Unter diesen brannte die zu dem Restaurationsgrundstücke gehörige Scheune und des Feuerherang von da aus auf den im Hofe lagernden großen Holzstoß

über. Bei dem in der Nacht herrschenden ziemlich heftigen Wind, der seine Richtung nach den Restaurationsgebäuden hatte, wurde auch letzteres von dem Feuer erfaßt und bis auf die Grundmauern eingeäschert. Die alsbald zur Hilfeleistung herbeigeeilte hiesige freiwillige Feuerwehr und die beiden Gemeindefeuern mußten sich darauf beschränken, den vor einigen Jahren an das Restaurationsgebäude angebauten großen Saal sowie die nahe daran stehende große Veranda zu erhalten, und es ist dies nach anstrengtester Tätigkeit gelungen; nur ist das Dach des Saales an verletzlichen Stellen durchgebrannt. Die Entstehungsurache des Feuers ist, wie der „Boten“ meldet, vorläufig noch unbekannt. — Das ist innerhalb einer ganz kurzen Frist der zweite große Brand in unserem Orte. Am 11. Oktober brannte bekanntlich das Sägen- und Hobelwerk der Firma Gri n. Schiebeler vollständig nieder.

Gleiwitz, 21. Oktober. Revolverversteher. Ein Revolveraffäre ereignete sich am Abend in dem Marktschlichen Spiellokal. Dort saßen mehrere Leute zusammen, als plötzlich der Arbeiter Wierner mit dem Arbeiter Wörner und einem weiteren Mann in Streit geriet, den der ebenfalls anwesende Anstaltler Hermann Tisch schlichten wollte. Nun fielen die drei über Tisch her, worauf die übrigen Gäste dazwischen traten und die drei Feindkriege mit vieler Mühe aus dem Lokal entfernten. Wierner ging nach Hause, holte seinen geladenen Revolver und kehrte nach kurzer Zeit in das Marktschliche Lokal zurück. Er gab zunächst einen Schuß auf Frau Tisch, traf aber nicht; dann richtete er die Waffe gegen den Säuger Schult und verletzte ihn unter dem Auge. Als drittes Opfer hatte er den unter einem Tisch verborgen haltenden Wirt Tisch aus dem Lokal entfernt, doch blieb die Kugel infolge eines glücklichen Umstandes im Laufe stecken.

Gleiwitz, 20. Oktober. Unfall. In der Maschinenfabrik von Krüger u. Sohn ist in voriger Woche der bei 26 Pfenningen Stundenlohn an der Hobelmaschine beschäftigt gewesene Stellmacher Kauer dadurch verunglückt, daß ihm vier Finger abgemittelt wurden. Er stand erst seit 14 Tagen an der Maschine, die sein Vorgänger für 30 P. Stundenlohn bedient hatte.

Gleiwitz, 20. Oktober. Unfall. Am Freitag früh verunglückte der Arbeiter Bilg bei den Schachtarbeiten am Müllschichtstand. Es wird dort ein Schichtstand verlängert und das angebaute Boden wird durch eine Feldbahn fortgeführt, wobei Bilg sich auf den Wagen stellte, um mitzufahren. Hierbei trat er fehl, kam in Fall und wurde ihm ein Bein davon zerlegt, daß er sofort ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Wenn Ansehen nach hat Bilg den Unfall selbst zuzuschreiben, denn den Arbeitern war es verboten, mit den Ketten mitzufahren.

Ratibor, 21. Oktober. Raubanfall. Die hiesige Polizei verhaftete einen 19jährigen Uhrmacherlehrling aus Ruffisch-Posen wegen Raubens. Der Festgenommene trieb sich seit mehreren Tagen bei dem Wirt im Wirtshaus umher. Am Sonntagabend kam er auf den Wochenmarkt und tauchte bei einem 14jährigen Mädchen eine Geldtasche. Nachdem man wegen des Preises handeltun wollte, bat der Käufer, ihm die Geldtasche in seine unmittelbare Nähe zu bringen, um sie auch besichtigen zu können, wo er sie auch besahen wollte. Dem Ansuchen wurde nachgegeben. Der Lehrling lud die nicht abnehmende junge Geldbesitzerin in einen Hausgang, entfuhr ihr dort die 48 Mark enthaltende Geldtasche und floh unter Verhüllung der Gesichtszüge. Der Käufer konnte sich davon nicht erholen.

Ruda, 21. Oktober. Grubenunglück. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich gestern Mittag zwischen 11 und 12 Uhr auf dem Franzjacht der Brandenburggrube. Nach dem Absenken der Sprengschiffe begaben sich die Gäue Gutsmann, Rialas und Wons mit zwei Schleppern nach dem Pfeiler, um das Sagenbe auf seine Sicherheit zu prüfen. Stauraum hatten sie den Vorort betreten, als die „Verbanung“ infolge zu starken Druckes nachgab und der Pfeiler mit einem donnerähnlichen Geräusch zusammenstürzte, sämtliche fünf Bergleute unter den Trümmern begraben. Die sofort aufgenommenen Rettungsarbeiten waren sehr schwierig, zumal immer noch die durch den Druck gelockerten Gesteinsmassen nachfielen. Die beiden Schlepper konnten trotz größter Anstrengung erst nach einer halben Stunde, die drei Häuer aber erst gegen 6 Uhr Nachmittags aus den Trümmern befreit und zwar noch lebend, aber verletzt hervorgezogen werden. Zwei von den Verunglückten trugen Knochenbrüche und Querschnitten des Kopfes und Brustkastens davon. Die Verunfallten wurden in das Anaplastiklazarett in Zabrze geschafft.

Wagnitz, 21. Oktober. Schadenfeuer. Dienstag Vormittag gegen 10 Uhr explodierte ein mit Feuer bedeckter Bombenbrenner, Herr Kochmann geblüht, in Flammen auf. Die Ursache der Uebergegens auf andere Gebäude war sehr groß und deshalb wurden die Ratiborer Wehr und die freiwillige Feuerwehr Komodie um Unterstützung erucht. Den vereinten Anstrengungen der Feuerwehren gelang es, eine Ausbreitung des Brandes zu verhindern. Von den beiden Häusern konnte trotzdem nicht viel mehr als die Umfassungsmauern erhalten werden. Fünf Familien, die darin wohnten, konnten ihre Habsehlheiten in Sicherheit bringen und mußten anderweit Obdach suchen. Die Beschädigten brauchten erst den ganzen Vormittag an.

Ratibor, 21. Oktober. Terroristen-Prozess. Das hiesige Schlichtergericht verhandelte gestern gegen elf organisierte Terroristen, die am 2. Mai auf dem Neubau des Beamten-Wohnhauses die Arbeit unterbrochen hatten, weil sie mit unorganisierten nicht mehr länger zusammen arbeiten wollten. Der Amtsanwalt erstattete die Arbeitsunterbrechung als ein Vergehen wider § 153 der Gewerbeordnung und beantragte gegen jeden der Angeklagten eine Woche Gefängnis. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Simon aus Frieslau, beantragte die Freisprechung sämtlicher Angeklagten. Eine Arbeitsunterbrechung sei auf keinen Fall strafbar, möge sie erfolgen aus einem Grunde aus dem sie wolle. Strafbar hätten sie sich nur dann gemacht, wenn sie unter Ansahe des vorliegenden Grundes die Arbeitsunterbrechung angedroht hätten, was nicht der Fall gewesen war. Auch seien die Arbeitswilligen wie der Amtsanwalt annehme, nicht bestimmt worden, um sie zum Beitritt in die Organisation zu veranlassen, sondern geschimpft sei nur worden, weil die Betreffenden der Organisation nicht beigetreten seien. Also auch infanter Sieg: ein Vergehen wider § 153 nicht vor. Das

Gesicht schloß sich dem Gerichten des Verteidigers an und konnte auf Freisprechung aller Angeklagten.

Damit wäre wieder einmal eine Staatsaktion, an der der Landrat des hiesigen Kreises sich hervorragend interessiert gezeigt hätte, in nichts verpufft.

Kaschitz (Posen), 30. Oktober. Verschüttet. Der Dominikarbeiter Tomar Ury'ai aus Rudnik holte am 18. d. M. Kies an der Piesarube an Jastramb-Gut und wurde dabei von herunterfallenden Felsmassen verschüttet. In der Nähe an der Piesarube bemerkten den Unfall und eilten zur Hilfe herbei, der Verunglückte konnte jedoch nur als Leiche geborgen werden.

## Neueste Nachrichten.

### Vom Balkan.

Belgrad, 21. Oktober. (S. L. B.) Der montenegrinische Spezialgelehrte Salowitsch wurde gestern Abend vom König in einständiger besonnter Audienz empfangen. Während er im Palais weilte, brachte ihm eine große Volksmenge serbische Ovationen dar. — Der Kronprinz erklärte in einer Ansprache an die Offiziere, falls Milanowitsch ohne jedes Resultat, das man hier erwartete, zurückkehre, sei ein Krieg mit Oesterreich unvermeidlich. Abends besetzten Demonstrationen die Straßen zu öffentlichen Geschäften, um die Kunden am Einlaufen zu hindern.

Konstantinopel, 21. Oktober. (S. L. B.) Gegenüber der sichtbaren Uneinigkeit der Mächte ist man jetzt auf türkischer Seite bemüht, die Angelegenheit möglichst selbst zu regeln; damit ist die Friedenszukunft gestärkt.

### Freigeisprochen.

Karlsruhe, 21. Oktober. (S. L. B.) Der Redakteur Weismann vom „Volksfreund“ wurde von der Anklage der Beleidigung der Staatsgewalt vom hiesigen Schwurgericht freigesprochen. Die Anklage lautete auf Beleidigung eines Feldwebels.

### Ein furchtbarer Wirbelsturm.

Alten, 21. Oktober. (S. L. B.) Nach Zeitungsberichten sind in Tschernschon in der Provinz Kwantung durch einen furchtbaren Wirbelsturm 3000 Häuser, sowie das Regierungsgebäude zerstört und 1100 Menschen getötet worden. In Kamtschang wurden 600 Häuser vernichtet und 120 Menschen getötet. Ferner wurden drei Dörfer völlig zerstört, wobei 400 Menschen ihr Leben eingebüßt haben.

München, 20. Oktober. In der Kassei des serbischen Konsulats erschien gestern Abend ein etwa 22 Jahre alter Serbe und verkante von dem Generalkonsul, Bankdirektor Julin Kuspijer, unter Hinweis auf die jetzige Erregung des serbischen Volkes und der kriegerischen Stimmung das Reisegeld nach Serbien. Als ihm dieses nicht sofort ausgereicht wurde, ging er mit geladenem Revolver auf ihn los und drohte ihn zu erschließen. Die Polizei verhaftete den Anreiter.

## Versammlungen und Vereine.

### Gewerkschaftshaus.

- Mittwoch, den 21. Oktober: Arbeiter-Radsport-Verein „Breslau“. Jeden Mittwoch: Vereinsabend.
- Sonntag, den 25. Oktober: Tabakzucker-Verband. Vormittags 10½ Uhr: Generalversammlung, Zimmer 2.
- Verband der Buch- und Steinbrucker-Gesellen. Vormittags 10½ Uhr: Mitglieder-Versammlung, Zimmer 2.
- Maschinen- und Feilerverband. Nachmittags 3 Uhr: Auserordentliche Generalversammlung, Zimmer 2.

### Sozialdemokratischer Verein Breslau.

#### An die Distrikts- und Bezirksführer!

Montag, den 26. Oktober, Abends 8 Uhr, Abrechnung der Bezirksführer in den Distriktslokalen. Unverkauft Karten sind mitzubringen, ebenso die Sammellisten für die Stadivereinswahlen.

#### „Vollmacht“-Agitation!

Sonntag, den 26. d. Mts., Morgens 7½ Uhr, findet von dem Volke Große Grochengasse 2, eine Agitation für die „Vollmacht“ statt. Alle, besonders die Genossen der Distrikte 18 und 19, sind hierzu dringend eingeladen.

Distrikte 9, 9a und 11 (Ober- und Sandbörger). Sonntag, den 25. Oktober, Vormittags 8 Uhr, Flugblatt-Verbreitung für den 34. Stadivereinswahlbezirk vom Distriktslokal Rosenstraße 20 (Akt Schmalen).

#### Distrikt 1 (Gaber Vorstadt).

Montag, den 26. Oktober, Abends 8 Uhr, Abrechnung im Distriktslokal und Inkommentar aller Mitglieder. Wichtige Tagesordnung.

Ohlau. Protest-Versammlung gegen die geplante Tabaksteuer. Freitag, den 23. Oktober, Abends 8 Uhr im Arbeiter-Kasino. Referent: W. Müller-Berlin. Alle Tabakarbeiter und Interessenten sind eingeladen.

Fries. Öffentliche Volksversammlung. Freitag, den 23. Oktober, Abends 8 Uhr bei Gastwirt Hoffmann (früher Quider) Friesstraße. Vortrag der Genossin Frau Emma Frierer-Berlin. Der Einberufer.

Fries. Öffentliche Protest-Versammlung gegen die geplante Tabaksteuer. Sonntag, den 24. Oktober, Abends 8 Uhr im Saale „zum Weinberg“. Referent: Max Müller-Berlin.

Bestbewährte gesunde und magen-krankliche Nahrung fürs Kufeke sowie schwächliche, in der Entwicklung zurückgebliebene Kinder.

# Viele würden sich weniger über ihre Nerven beklagen,

wenn sie regelmässig Kathreiners Malzkaffee tranken.



den wirklich einwirkenden Erklärungen herbeiführen. So ist es bekannt, daß die wirklich wahrnehmbare Dauer der Tännernung in dem Tännernenden insofern der augerordentlichen Durchlässigkeit der Luft bis auf gewisse Grenzen vermindert, in den höheren Breiten dagegen durch die geringere Durchlässigkeit vermindert wird.

Dies führt uns von der bis jetzt besprochenen nach mathematischen Grundbegriffen astronomischen auf die logisch-nachrichtlichen Tännernung, an welche wir jetzt übergehen wollen, denn wir im geschichtlichen Leben von Tännernung reden.

Wir meinen dann darunter jeden Zeitraum, während dessen durch die früher geschichtliche Zurückbildung des Sonnenlichts vermehrt der Atmosphäre auch nach dem Tännernung oder vor dem Aufgange der Sonne gerade noch so viel Licht ist herabgefallen, daß wie dabei in unseren Wohnungen, auch wenn diese nicht etwa gerade nach der West- oder Ostseite zu liegen, einem sonst todtlichen Raum noch gewöhnliche Dürchlichtung seien können. Selbstverständlich hängt diese Dauer der Dürchlichtung von einer Menge Umständen ab, wir erinnern nur an die Lage, die Richtung der Wohnung insbesondere, sondern des Wohnortes im allgemeinen, ob er auf einer freien Höhe oder im Tale, ob in einer Abhangslage, ob er auf dem Lande u. s. w. Im allgemeinen kann man annehmen, daß die Abenddämmerung in diesem Sinne dann die Sonne erreicht, die Abenddämmerung also dann beginnt, wenn die Sonne etwa 6 1/2 Grad unter dem Horizont sich befindet, solch unserer obigen Darstellung gemäß die Grenzlinie zwischen dem hellen und dem dunklen Himmel gerade den Scheitelpunkt (Merid) durchschneidet und an der von der Sonne abgehenden Hälfte des Himmels die Sterne erkennbar werden. Sie dauern bei uns durchschnittlich circa 40-50 Minuten.

### Vermischtes.

**Kapitalistische Entwicklung im Mittelalter.** Ueber die kapitalistische Entwicklung in den westlichen Ländern des Mittelalters hielt Professor Stebeufing auf dem internationalen Kongress in London einen Vortrag. Während der modernen Kapitalismus seine größte Entwicklung in England fand, ist im Mittelalter Italien die Stätte der Ausbildung des Kapitalismus. Der vorragende Charakter unter Kapitalismus die feste Verfassung, die sich erst im 14. Jahrhundert entwickelte, die die freien Berufsstände der Städte entgegengesetzt. Den Übergang zur freien Berufswirtschaft bildet der Handelskapitalismus, der sich auf den Grundbesitz stützt, und der Handelskapitalismus, der sich selbst, sondern Handel treibt, weil es die Mittel dazu hatte. Sobald Gelder geben ihre Verdienste in die Hand der Händler, dadurch wurde es zum Kapital, denn auf den Grundbesitz stütze sich der Kredit und dieser bildet die wichtigste Rolle bei der Kapitalakkumulation. Die hauptsächlichste Quelle des Vermögens für Italien der Wasserhandel, namentlich der Wollhandels, der in Genoa und Venedig blühte. Auch die Wollhandelskapitalisten nach Italien gebracht, doch dort man nicht annehmen, daß die Akkumulation als solche Schätze brachte, das wichtigste war die Akkumulation des morgenländischen Handels, somit die Einführung neuer Warengebiete für den Handel. Aus dem Wirtschaftswesen allein vordem noch Stebeufing's Ansicht der kapitalistischen Kapitalismus nicht erklärlich, der Kapitalismus steht in enger Beziehung zur Straße. Kapitalisten unterstufen die Wirtschaften und beherrschten sie, und vor gar mit der Übernahme des Besitzes für die fremde beauftragt war, wurde reich. Italien beherrschte wirtschaftlich alle anderen Länder, daraus wird das Kapital immer gewichtiger nach dem Stand der Weltwirtschaft und der Kampf der Städte untereinander um die bevorzugte Stellung im Handel verstanden. Auch die Städte ließen Gelder in Italien ankommen, noch wurde das Geld verwirft, in den Städten aber häufte sich das Kapital an. Der Kampf zwischen Kaiser und Papst schwebte die entscheidende über das Schicksal der Kommunen, die die Städte des Kapitalismus waren, indem sie den Handelsverkehr in ihren Hände a. Kongressen. Finanzverwaltung und Steuerbestimmung begünstigten die Akkumulation von Vermögen in den Händen der Herrschenden, es konnte sich so eine Finanzaristokratie ausbilden, die auch schon im 15. Jahrhundert eine Vorkapitalistische herstellte. Im Jahre 1427 verlor eine Vorkapitalistische 27 600 Gulden, als er im nächsten Jahre starb, hinterließ er ein Vermögen von 179 221 Gulden. Es ist klar, daß das Vermögen des Kapitalisten während eines Jahres nicht so beständig war, aber von der Verfertigung hatte er sich wie eben häufig alle Kosten für Haushalt, Reuten und Bücher abgezogen. Ein Unterschied zwischen mittelalterlichen und modernen Kapitalismus besteht darin, daß ihm früher in Konkurrenz ein Teil der Produktion, der kommerzielle Teil, auf die Konkurrenz der Städte, in der Hand der Städte, welche die Produktion lieferten, ihre Akkumulation befähigten, um die Städte der Produktion nicht zu verringern; der moderne Kapitalismus stellt sich in der Welt, vergrößert aber die Produktion. Der Kapitalismus war ursprünglich städtisch, dann

wurde er über die Stadt hinaus und stellte sich dem Staate zur Verfügung, heute ist es die internationale Organisation der Weltwirtschaft.

### Für die Insekten.

Das Hebertieren der Kopfflägen. Im Keller, wenn er hell, trocken und luftig, auch argen Insekten, so man eine große Anzahl von Pflanzen aus zu ernten, z. B. Frachten, Spiretten, Kirschen, Nüsse, Dill, Petersilie u. s. w., besonders solche, die sich in den Kellern, die durch die Kellerfenster eindringenden Insekten, die die kleineren Pflanzen ist es notwendig, daß man eine Tablette oder zwei einrichtet, um sie rüber an die Luft zu bringen. Man wähle zum Beispiel einen der Pflanzen einen kleinen, sonnigen Tag, damit sie volländig trocken untergebracht werden können. In die Kellertemperatur (Grad über 10, so offen man am besten die Kellertemperatur bereingulassen. In der Keller sehr tief, wie es sich in großen Säubern, so kann man auch die Pflanzen in Winter in der Kellertemperatur, daß sich alles an vermeiden, wogegen sie zum Treiben angesetzt werden. Aus diesem Grunde ist man auch mit dem Treiben sehr vorsichtig. Man darf die Tablette nicht als wie im Sommer und überzeuge sich, ob die Abgüsse der Kellertemperatur nicht zu hoch sind. Wie viele Pflanzen sind gerade dieser Temperatur wegen schon zurunde gekommen. Auch nehme man eine wärmere Wasser, aus es die Kellertemperatur gibt, die Wärme würde sonst zu frühem Treiben angesetzt werden, weil die Triebe Nahrungsmangel halber gelb und schwach sein würden.

### Junger.

Von D. Rille.

Wir müssen hungern und brausen laßt  
Das Korn in schweißender Hülle.  
Ein fruchtigstes Leben geht  
Durch die sommerliche Stille.  
Die Erde singt und die Ähre fällt  
Und schüttet Korn in den Schoß der Welt,  
Wir aber müssen hungern.

O du sonnige Zeit und du glühendes Tag!  
Wir grünen dich an den Malochinen.  
Nicht den Vögel juchst unserm Dergang Schlo  
Und der Vögel juchst unserm Dergang Schlo  
Unter dem Vögel juchst unserm Dergang Schlo  
Wir leben und Sommer stehen fort:  
Wir werden weiter hungern.

O heute mein Blut, trotz Not und Krieg,  
Ich leben und Sonne sich zeigen.  
Wir wollen der Zeit ihre blutrote Schwärze  
Unter prehlenden Sinnen zeigen.  
Dinge greifen mit flacker Hauf,  
Wo die Weiden reifen, das Leben braust,  
Wir wollen nicht mehr hungern!

### Panoristisches.

Realistische Sparfamelei. "Expellens, unsere Verhältnisse sind überflüssig, wir müssen sie durch Neubaute ersetzen." "Nein, nein, die Finanzlage Deutschlands erfordert Sparfamelei, schaffen wir in unseren Verhältnissen lieber Pfing durch den Strauß."  
Aus einer Gerbarmerie-Angelage. "Im Brandplatz an der Durchschneidung. Ganz verführerischer Verstand: "Nimm, ich bete Sie an!" - "Nimm, ich bete Sie an!" - "Nimm, ich bete Sie an!" - "Nimm, ich bete Sie an!"  
Schulen bevorzugt, die humanistische, aber die realistische Bildung!"  
- "Nimm, ich bete Sie an!"

Was verdirbt mit die Welt  
Tätigkeit!  
Was macht sie untrüglich lang?  
Was bringt in Schuld?  
Was macht und Zaudern?  
Was macht gestimmt?  
Was bringt zu Ehren?  
Was sich wehren!

Goethe.

Verantwortliche Redaktion: Gustav Wolff. - Redaktion und Druck: Gustav Wolff, Schwanenstraße 23. - Verlag von Gustav Wolff. - Druck von G. Wolff, Schwanenstraße 23. - sämtlich in Dresden.

Nr. 85

Grünau, den 22. Oktober

1914.

## Der Adelige.

Dieser Mann mit wichtiger Ähre,  
Es sein Orjen auf der Brust,  
Trägt die Nase hoch und räpft sie  
Ueber die gemeine Gult.

Weiter ist er nichts Dieselden:  
Doch ist sein Verdienst nicht Klein:  
Wenn er fertig einst verstorben,  
Wird er auch ein Ranz sein.

Recht Ehrenwort.

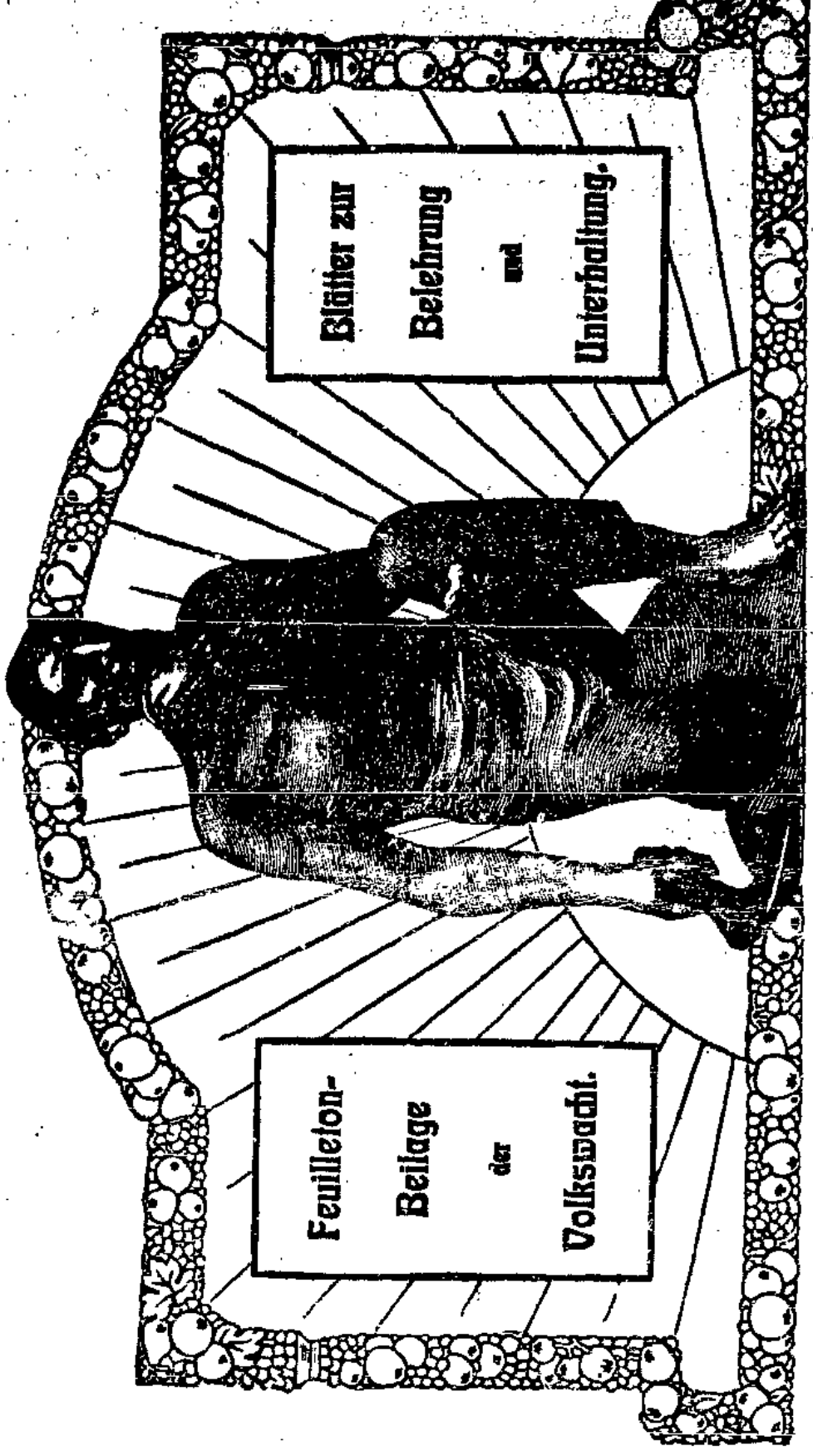
## Kunde von Mergendow.

Von William Morris.

15) Nun, heute der alte, heute Sie auch kommen, Sie sind bei Freunden. Und mein Entschloß Richard Hammond dort steht gerade so aus, als hätte er Sie begehrt, weil er glaubt, ich könne Ihnen nützlich sein. Ist's nicht so, Dad?  
Dad, der mehr und mehr gekümmert wurde und nicht aufhörte, unruhige Worte nach der Zeit zu werfen, nahm sich aufammen und antwortete:  
"Freilich, Liebesvater. Unter Gott findet in England alles so verändert, daß er sich nicht mehr ausrechnet, und da nicht mehr die Geschäfte der beiden letzten Jahrhunderte besser kennt als Du, heißt ich für das Beste, ihr zu zugehören." - Was ist das?"

Und er wandte sich auf neue neue zur Erde. Wir hörten Schritte drängen, die Erde öffnete sich und ein junges Mädchen von ungewöhnlicher Schönheit trat ein. Sie blieb stehen, als sie die erblickte, das Blut schoß ihr in die Wangen, allein sie sah ihm trotzdem tapfer in die Augen. Er starrte sie an, und hielt ihr die Hand hin, sein ganzes Gesicht vor Bewegung ausdend.  
Der alte ließ sie nicht lange in diesem Zustand stehen und bogens; nur der beteren Großmutter des Alters lachend, sagte er: "Dad, mein Junge, und Du, meine Liebe Clara, wir zwei alten Leuten vermüßig im Wege, da Ihr Euch gar Manches zu sagen haben werdet. Setzt doch lieber in Meines Zimmers hinauf, ich weiß, daß er ausgegangen ist und er hat alle Hände mit mittelalterlichen Büchern und Wirt bemerkt, so daß es sogar für Euch und Euer neues Glück hübsch genug dort aussieht."

Er sah mich sehr und mit immer verweirtem Blick, und ich antwortete in gebrochener Sprache:  
"Ich kenne von Ihrem modernen Leben nur so viel, wie meine Augen mir auf meinem Wege von Sommerhäusern zeigen und als Richard's Sommerhaus mir auf meine Augen so sehr mehr unheimlich war, so antwortete mich."



Feuilleton-  
Beilage  
der  
Volkswehr.

Blätter zur  
Belehrung  
und  
Unterhaltung.

„Der alte Lande, Klabbers mußte sich zu Schenken hinstellen“, so beginnt die Geschichte. Ein Mann, der sich als „Klabbers“ bezeichnet, wird in einer Szene dargestellt, die in einem Gasthaus spielt. Er ist ein alter Mann, der sich in einem Zustand der Verwirrung befindet. Die Szene ist Teil einer größeren Erzählung, die die Lebensgeschichte des Mannes darstellt. Die Erzählung ist in einer einfachen, fast volkstümlichen Sprache gehalten, die den Charakter des Mannes und die Umstände seiner Zeit widerspiegelt.

„Wittling war die neue Schrift in der Stadt brachten lassen, wofin er den Geburtstag 1843 überließ.“ Diese Zeile markiert den Beginn einer neuen Phase in der Erzählung. Der Mann, der zuvor als „Klabbers“ bekannt war, wird nun als „Wittling“ bezeichnet. Dies deutet auf eine Veränderung in seiner Identität oder in den Umständen seiner Existenz hin. Die Erzählung führt weiter, indem sie die weiteren Schritte in der Entwicklung des Mannes darstellt, von seinen Reisen bis zu seinen späteren Jahren.

„Ich wurde nun auch aus dem Kanton Maat vertrieben und verlegte darauf die Gedächtnis- und Kantonen.“ Diese Zeile ist ein zentraler Punkt in der Erzählung, da sie einen Wendepunkt in der Geschichte des Mannes markiert. Die Verdrängung aus dem Kanton Maat ist ein Ereignis von erheblicher Bedeutung, das die weiteren Schicksale des Mannes beeinflusst. Die Erzählung beschreibt die Auswirkungen dieser Verdrängung und die Wege, die der Mann in den darauffolgenden Jahren einschlägt.

„Im Jahr 1847 ließ ich das Staatsbürgerschafts- und Kantonen annehmen.“ Diese Zeile zeigt den Mann in einem neuen Kontext, in dem er sich als Staatsbürger eines anderen Kantons etabliert. Dies ist ein weiterer Schritt in der Entwicklung seiner Identität und seines Lebens. Die Erzählung beschreibt die Details dieser Aufnahme und die Reaktionen der Gemeinschaft, in die er eintritt.

„Der alte Lande, Klabbers mußte sich zu Schenken hinstellen.“ Diese Zeile wiederholt den Beginn der Erzählung, was darauf hindeutet, dass es sich um eine Fortsetzung oder einen Rückblick handelt. Die Erzählung führt weiter, indem sie die weiteren Schicksale des Mannes darstellt, von seinen Reisen bis zu seinen späteren Jahren.

„Wittling war die neue Schrift in der Stadt brachten lassen, wofin er den Geburtstag 1843 überließ.“ Diese Zeile markiert den Beginn einer neuen Phase in der Erzählung. Der Mann, der zuvor als „Klabbers“ bekannt war, wird nun als „Wittling“ bezeichnet. Dies deutet auf eine Veränderung in seiner Identität oder in den Umständen seiner Existenz hin.

„Ich wurde nun auch aus dem Kanton Maat vertrieben und verlegte darauf die Gedächtnis- und Kantonen.“ Diese Zeile ist ein zentraler Punkt in der Erzählung, da sie einen Wendepunkt in der Geschichte des Mannes markiert. Die Verdrängung aus dem Kanton Maat ist ein Ereignis von erheblicher Bedeutung, das die weiteren Schicksale des Mannes beeinflusst.

„Im Jahr 1847 ließ ich das Staatsbürgerschafts- und Kantonen annehmen.“ Diese Zeile zeigt den Mann in einem neuen Kontext, in dem er sich als Staatsbürger eines anderen Kantons etabliert. Dies ist ein weiterer Schritt in der Entwicklung seiner Identität und seines Lebens.

„Der alte Lande, Klabbers mußte sich zu Schenken hinstellen.“ Diese Zeile wiederholt den Beginn der Erzählung, was darauf hindeutet, dass es sich um eine Fortsetzung oder einen Rückblick handelt. Die Erzählung führt weiter, indem sie die weiteren Schicksale des Mannes darstellt, von seinen Reisen bis zu seinen späteren Jahren.

„Wittling war die neue Schrift in der Stadt brachten lassen, wofin er den Geburtstag 1843 überließ.“ Diese Zeile markiert den Beginn einer neuen Phase in der Erzählung. Der Mann, der zuvor als „Klabbers“ bekannt war, wird nun als „Wittling“ bezeichnet. Dies deutet auf eine Veränderung in seiner Identität oder in den Umständen seiner Existenz hin.

„Ich wurde nun auch aus dem Kanton Maat vertrieben und verlegte darauf die Gedächtnis- und Kantonen.“ Diese Zeile ist ein zentraler Punkt in der Erzählung, da sie einen Wendepunkt in der Geschichte des Mannes markiert. Die Verdrängung aus dem Kanton Maat ist ein Ereignis von erheblicher Bedeutung, das die weiteren Schicksale des Mannes beeinflusst.

„Im Jahr 1847 ließ ich das Staatsbürgerschafts- und Kantonen annehmen.“ Diese Zeile zeigt den Mann in einem neuen Kontext, in dem er sich als Staatsbürger eines anderen Kantons etabliert. Dies ist ein weiterer Schritt in der Entwicklung seiner Identität und seines Lebens.

„Der alte Lande, Klabbers mußte sich zu Schenken hinstellen.“ Diese Zeile wiederholt den Beginn der Erzählung, was darauf hindeutet, dass es sich um eine Fortsetzung oder einen Rückblick handelt. Die Erzählung führt weiter, indem sie die weiteren Schicksale des Mannes darstellt, von seinen Reisen bis zu seinen späteren Jahren.

„Wittling war die neue Schrift in der Stadt brachten lassen, wofin er den Geburtstag 1843 überließ.“ Diese Zeile markiert den Beginn einer neuen Phase in der Erzählung. Der Mann, der zuvor als „Klabbers“ bekannt war, wird nun als „Wittling“ bezeichnet. Dies deutet auf eine Veränderung in seiner Identität oder in den Umständen seiner Existenz hin.

„Ich wurde nun auch aus dem Kanton Maat vertrieben und verlegte darauf die Gedächtnis- und Kantonen.“ Diese Zeile ist ein zentraler Punkt in der Erzählung, da sie einen Wendepunkt in der Geschichte des Mannes markiert. Die Verdrängung aus dem Kanton Maat ist ein Ereignis von erheblicher Bedeutung, das die weiteren Schicksale des Mannes beeinflusst.

„Im Jahr 1847 ließ ich das Staatsbürgerschafts- und Kantonen annehmen.“ Diese Zeile zeigt den Mann in einem neuen Kontext, in dem er sich als Staatsbürger eines anderen Kantons etabliert. Dies ist ein weiterer Schritt in der Entwicklung seiner Identität und seines Lebens.